

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werksfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 48  
Juni 1917.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeile über deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtsige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 104.

Freitag, den 4. Mai 1917.

24. Jahrg.

## Der englisch-französische Mißerfolg.

Von Richard Gädde.

In den Zielen, die sich unsere westlichen Gegner gesetzt hatten, muß man die Größe ihrer Mißerfolge messen. Die Engländer allerdings behaupten jetzt, nie die Absicht gehabt zu haben, unsere Front zu durchbrechen, unsere Armeen zu schlagen. Alle Angriffe hätten wie früher nur den Zweck, unsere Kräfte allmählich abzunutzen, unsere Front wie an der Somme durch immer wiederholte Stöße langsam anzunagen. Die Berufung auf die Sommeschlacht macht die Behauptung ohne weiteres verdächtig; denn es ist klar, daß der allgemeine gewaltige Andrang der feindlichen Heere von Westen, Osten, Südwesten her im Sommer 1916 die Entscheidung des Krieges bringen sollte, wie denn die feindlichen Völker mit hochgepannten Erwartungen diesem Waffengang entgegenzogen. Erst als der Durchbruch den wuchtigen Kammstößen des Gegners nicht gelang, entschloß man sich im Westen zum zähen Abnutzungskrieg ohne entsprechenden Erfolg und rief man im Osten durch ein russisches Ultimatum die Rumänen zu Hilfe.

Offenherziger als ihre Bundesgenossen sind diesmal die Franzosen, die ihr Mißvergnügen über den Gang der Dinge um Arras, an der Aisne und in der Champagne nicht verbergen können. Der Marschall Clemenceau gibt zu, daß die Apriloffensive nur der Nachklang einer viel größeren war, die durch Hindenburgs Bewegungen vereitelt wurde. Man habe eben nicht verstanden, nunmehr etwas ganz Neues zu machen — ein Vorwurf, gegen die verbündete Heeresleitung, der heiläufig nicht einmal zutreffend ist. Gerade weil die neue Schlachtenanlage nach Zurückverlegung der deutschen Mitte zwischen Arras und Aisne eine durchaus zweckmäßige war und weil man rasch und zielbewußt die Folgerungen aus der neuen Lage gezogen hatte, tritt der deutsche Sieg um so glänzender hervor. Daß man wirklich einen ganz großen Schlag geplant hatte, beweisen nicht nur die gewaltigen Truppenmassen, die man auf einer Kiefernfront gegen die deutschen Stellungen anlaufen ließ, die unerhörten Stapel von Munition, die man verschob, die noch nie erreichte Zahl schwerer Geschütze, die man in Stellung gebracht hatte, und endlich der schwungvolle Schneid, mit dem sowohl Engländer wie Franzosen an ihren ersten Angriffstagen vorgehen: vor allen Dingen beweisen es in zweifelsfreier Weise die von uns aufgefundenen französischen Befehle. Schon am 4. April schreibt der Befehlshaber des 32. französischen Armeekorps, das am 16. April gegen den Aisne-Marne-Kanal nordwestlich Brimont angriff: „Die Handlung, die wir unternehmen werden, ist entscheidend für das Schicksal des Vaterlandes.“

Die Tage der Anstrengung und des Kampfes werden ohne Unterbrechung aufeinander folgen bis zur Entscheidung — was sich denn freilich sehr bald als unausführbar erwies. Die Truppen waren nach dem ersten Schlachttag schon durchaus fertig. Am 17. April vormittags konnten keine Angriffe ausgeführt werden, weil die blutleer gemordeten Divisionen durch neue ersetzt werden mußten. Der Höchstkommandierende, General Nivelle, setzte am 15. April an die Spitze seines Heeresbefehls die sprühenden Worte: „Die Stunde ist gekommen! Vertrauen und Mut! Es lebe Frankreich!“ So schreibt man nicht, wenn man nur einen langweiligen Laufgrabenkrieg, wie gegen eine belagerte Festung, eröffnen will. Da kommt nun die offenbar gedrückte Stimmung der englischen und der französischen Gefangenen, die über die jurchbare Höhe ihrer Verluste klagen. Viele Regimenter haben die Hälfte, einige drei Viertel ihres Bestandes verloren. Endlich dürfen wir die Vorwürfe nicht unbeachtet lassen, die gegen die Heeresleitung in recht scharfer Sprache hageln, und sogar die Warnung vor einer „Offensive bis zum äußersten“. Man spricht sie nur aus, wenn man nach ungewöhnlich hohen Verlusten die Hoffnung auf einen günstigen Ausgang bereits verloren hat.

Wenn General Nivelle auch noch nicht abgesetzt ist, so hat man ihm doch in der Person eines neuen Chefs des Großen Generalstabes, des Generals Pétain, einen Aufpasser an die Seite gesetzt. Das sieht einer Degradation sehr ähnlich. Wie bei den Franzosen, steht es natürlich auch bei den Engländern!

Selbst wenn man keine besonderen Beweise dafür hätte, daß sie diesmal aufs Ganze gingen, so läge ein solcher Beweis in der ruhigen Betrachtung der allgemeinen Lage. Die Engländer haben keine Zeit mehr, sich auf einen langsamen Abnutzungskrieg einzulassen; der U-Boot-Krieg brennt ihnen auf den Magen. Sie müssen suchen, zu Lande einen raschen Sieg zu erröchten; und beide, der Generalstabeschef wie der erste Seelord, sprechen es übereinstimmend als ihre Ueberzeugung aus, daß die Entscheidung zu Lande erröchten werden müsse — eine Auffassung, die ich für durchaus zutreffend halte. Selbst wenn die Ernährungsfrage noch nicht in Monaten zur Katastrophe führt, muß England doch einen raschen und großen Sieg zu erkämpfen suchen; denn was nützt ihm eine gewonnene Schlacht, und würde sie uns bis nach Belgien hinein und auf Meß zurück, wenn zu gleicher Zeit das Volk

dahin an Hunger stirbt. Trotz des Sieges wäre der Krieg verloren.

Von solchen Erwägungen ausgehend, konnte Hindenburg sich mit voller Sicherheit auf die Verteidigungsschlacht im Westen einlassen; denn der Feind mußte eben angreifen. Auch ohne die russische Revolution mußte er angreifen, ehe der Abzug der Schneeschmelze große Angriffsunternehmungen im Osten gestattete. Nicht der Glücksfall dieser Umwälzung gestattete dem deutschen Feldherrn die Ansammlung starker Reserven im Westen, sondern die zutreffende Beurteilung der Gesamtlage, das Augenmaß für die Dinge, wie sie sind.

In dieser Lage gemessen, tritt nun der Mißerfolg unserer Gegner um so auffälliger hervor. Schon der 9. April, der den Engländern in Folge ihrer überwältigenden Anfangsüberlegenheit dristige Erfolge verließ, war in Wahrheit ein Mißerfolg, da der Durchbruch nicht gelang. Die Kämpfe der folgenden Tage unterstrichen dies Ergebnis, und als auch dort die deutsche Front zurückverlegt wurde, war der Anstangplan offensichtlich gescheitert. Zehn Tage brauchten die Engländer für die Vorbereitungen ihrer neuen Schlacht. Der dann am 23. und 24. April erfolgende zweite Angriff mit größeren Massen auf breiterer Front wuchs sich durch das vernichtende deutsche Geschützfeuer und die mächtigen, erfolgreichen Gegenstöße unseres Zukunftes zu einem vollen deutschen Siege aus. Gegen ihren Willen mußten die Gegner eine neue dreitägige Pause einlegen — aber der dritte Angriff am 28. April wurde eine schlimmere Niederlage noch als die beiden ersten. Die sehr verlagene, gewundene Verteidigungslinie des englischen Hauptquartiers legt wider seinen Willen Zeugnis ab von ihrer Schwere. Schon am 29. April konnten sie sich nur zu einem Teilangriff gegen Oppy, im Zentrum der Schlachtlinie, aufraffen, der trotz viermaliger Erneuerung mißglückte.

Unangünstiger gestaltete sich der französische Angriff am 16. und 17. April. Schon am zweiten Tage mußten sämtliche Angriffsdivisionen an der Aisne durch neue ersetzt werden, so daß der Stoß erst am Nachmittag wieder aufgenommen werden konnte. Die geringen Fortschritte gegen die vorderen Linien wurden ihnen zum großen Teile durch die Gegenstöße unserer Truppen wieder entzogen. Am 19. April gingen die Deutschen auch nordwestlich von Soissons auf die „Siegriedstellung“ zurück, und am 20. trat eine entscheidende Wendung zum Schlimmen bei dem französischen Heere ein. Der Kampf flaute darauf merklich ab und wurde nur noch in nutzlosen und ergebnislosen Teilvorstößen vom Feinde fortgesetzt.

Erst am 26. April lebte der Geschützkampf wieder auf und wuchs allmählich zu immer größerer Heftigkeit bis zum Trommelfeuer, an. Am 29. April haben die Franzosen dann an den verschiedenen Stellen der Front Erkundungsvorstöße gegen unsere Gräben gerichtet, in der Hoffnung, sie zum Sturme reif zu finden. Abgewiesen und enttäuscht mußten sie zu den eigenen Stellungen zurückkehren.

Trotzdem kann kein Zweifel darüber sein, daß uns auch hier ein neuer großer Anfall bevorsteht. Die Länge der Pause erklärt sich zur Genüge aus dem Wunsche des Gegners, mit der Nacht der Millionen von Geschossen dem Sturm der Infanterie erst ausgiebig vorzuarbeiten, und sicher auch aus dem Zwange, die neu herangeführten Massen sich erst in ihren Stellungen einzurichten zu lassen, und mit dem Gelände vertraut zu machen. Dann wird der Sturm losbrechen, vielleicht noch in breiterer Front als am 16. und 17. April. Vom Präsidenten bis zum Oberbefehlshaber werden alle vom Verhängnis vorwärts getrieben; sie sechten nicht nur um den Sieg Frankreichs, sie sechten bereits für ihre eigene Existenz.

Und ebenja wird es auf der englischen Front geschehen. Auch dort muß der Gegner angreifen oder das Spiel verloren gehen. Inzwischen haben wir volles Recht, uns der bisherigen Siege zu freuen und mit Vertrauen der Zukunft entgegenzusehen. Gewonnen wird die Schlacht dann sein, wenn der Gegner seinen letzten Angriff verjagt hat, wenn er endgültig die Hoffnung aufgegeben hat, uns doch zu durchbrechen und schlagen zu können. Bis dahin müssen wir uns noch auf schwere Kämpfe gefaßt machen.

### Ein abermaliger englischer Durchbruchversuch gescheitert.

Der vierten Arras-Schlacht, die am 3. Mai, 5.30 Uhr vormittags, in breiter Front von Acheville bis Queant mit großer Heftigkeit ausbrach, ging hartes Feuer am Nachmittag und am Abend des Vortages voran, das sich von Witternacht an zum stärksten Trommelfeuer

steigerte. Teilangriffe der Engländer am Vortage und feindliche Patrouillen, die nachts vorzuziehen versuchten, wurden in unserem Feuer erstickt bzw. zurückgetrieben. Unsere Artillerie erwiderte das englische Feuer erfolgreich und zerstörte westlich Arras feindliche Munitionstapel. Im Raume von Reims war das Artilleriefeuer auf dem Aisne-Flügel und am Höhenzuge Chemin des Dames zeitweise von außerordentlicher Heftigkeit und steigerte sich nachts. Ein anscheinend beabsichtigter Vorstoß in der Gegend von Jouy wurde durch Feuerwirbel niedergehalten. Mehrfach erkannten feindlichen Ansammlungen südlich Cerny fügte unser Vernichtungsfeuer empfindliche Verluste zu. Auf dem Champagne-Flügel nahm das Feuer, besonders nachmittags, abends und nachts gegen die Hauptkampfabstufung bedeutende Stärke an. Zu größeren Kampfhandlungen konnte sich der erschöpfte Franzose nicht aufraffen. Nördlich Prosnès verließen einzelne Patrouillen- und Handgranatenkämpfe für uns günstig. Mittags verjagte stärkere feindliche Infanterie, mit Maschinengewehren vorzudringen, wurde jedoch augenblicklich durch unser Vernichtungsfeuer niedergehalten. Die Angabe des französischen Berichtes, daß der Feind am 30. April 5 Geschütze eroberte, ist völlig unzutreffend. Wir verloren kein Geschütz. Seit einiger Zeit pflegt der französische Heeresbericht aus Mangel an Erfolgen seine Beute vom ersten Angriff am 17. April zu wiederholen und allmählich zu vergrößern. — Entgegen dem gestrigen Eifelsturmbericht wird gemeldet, daß bei Les Esparges kein französischer Angriff stattgefunden hat und kein Franzose in unseren Gräben gelangte. — Auch diese Meldung ist frei erfunden.

Wie der gestrige deutsche Abendbericht meldet, ist der neue Durchbruchversuch bei Arras gescheitert. Der Bericht lautet:

RTS. Berlin, 3. Mai, abends. (Amtlich.)

An der Arras-Front ist ein erneuter englischer Durchbruchversuch unter schwersten Verlusten für den Feind gescheitert.

In der Aisne und nördlich Reims anhaltend starker Artilleriekampf.

Im Osten nichts Wesentliches.

Welchen graufigen Umfang die Kämpfe im Westen angenommen haben, geht daraus hervor, daß nach einer Berliner Meldung in den Kampftagen der großen Doppel-Offensive die Verluste der Engländer und Franzosen an Toten, Verwundeten und Vermissten auf mindestens 300 000 Mann zu veranschlagen sind. Welche Ansummen von Elend und Not birgt diese Zahl in sich!

### Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

Wien, 3. Mai. (Amtlich.)

Deutscher Kriegsschauplatz.

Seeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Ein Vorstoß mehrerer feindlicher Kompagnien gegen unsere Stellungen im Putna-Tal wurde mit blutigen Feindesverlusten abgewiesen. An den übrigen Teilen der Front stellenweise lebhafte Artillerietätigkeit.

Südwestlicher und südlicher Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse.

### Frankreich und Belgien.

Gegnerische Kriegsberichte.

Französischer Heeresbericht vom 2. Mai nachmittags: In der Gegend von Chemin des Dames starke, beiderseitige Artillerietätigkeit, auf der Front von Cerny-Ruchie-Craonne. Mehrmals machte der Feind gegen unsere Gräben und kleinen Posten Teilangriffe, die durch unser Maschinengewehrfeuer und Handgranatenwürfen abgewiesen wurden. In der Champagne nahm der Artilleriekampf nachts in den Abzweigungen am Cornilletberg und am Hochberg ziemlich Heftigkeit an. Lebhaftes Handgranatenkämpfe im Gehälz westlich vom Cornilletberge, in deren Verlauf wir bedeutende Fortschritte machten. Bei Esparges drangen unsere Abteilungen an mehreren Stellen in die deutschen Stellungen ein. Wir führten Zerstörungen aus und brachten Material zurück. In Lothringen Tätigkeit der Streifabteilungen in der Richtung von Moncel und Embermenil. Wir machten Gefangene.

Abends: Die beiderseitige Artillerie war besonders tätig in der Gegend nordwestlich von Reims und in der Champagne. In den Abzweigungen von Moronvillers und Aubertie brachte eine gut ausgeführte Einzelunternehmung uns Geländegewinn in dem Gehälz westlich des Cornillet-Berges. Überall war sonst die Nacht ruhig.

**Christlich:** Zur Vergeltung für die Bewerfung von Chalons und Sperrung durch deutsche Flieger in der Nacht vom 29. auf den 30. April überlagern fünf unserer Flugzeuge heute nacht Trier, worauf sie viele Geschosse abwarfen. Alle Granaten erreichten ihr Ziel. In der Stadtmitte ist ein Brand mit großer Heftigkeit ausgebrochen, der schnell um sich griff. Am 30. April und 1. Mai wurden unsere Flugzeugführer drei Flugzeuge ab 10 andere feindliche Flugzeuge wurden ernstlich beschädigt.

**Belgischer Bericht:** Die Artilleriekämpfe an der belgischen Front nahmen in der Gegend von Dymaiben den Charakter erhöhter Tätigkeit an.

**Englischer Heeresbericht vom 2. Mai:** Unsere und die feindliche Artillerie war nachts an einer Anzahl von Stellen unserer Front zwischen St. Quentin und Lens tätig. Bei Fauquissart wurde ein deutscher Stoßtrupp abgewiesen. Sonst nichts Wichtiges.

**Abends:** Heute früh wurde nördlich von Arleux-en-Gohelle ein feindlicher Stoßtrupp mit Verlusten zurückgetrieben. Auf beiden Ufern der Scarpe und in der Gegend von Ypern war die Artillerie auf beiden Seiten tätig. 11 deutsche Flugzeuge wurden heruntergeschossen und 6 gebrauchsunfähig gemacht. Von unseren werden 4 vernichtet.

## Rußland.

### Englands Gewalt Herrschaft in Rußland.

Wie der Vertreter von „Nya Daglight“ in Mexiko aus bester Quelle erzählt, hat der britische Konsul in Petersburg im russischen Auswärtigen Amt verlangt, daß die im Ausland weilenden Russen nicht mehr heimreisen dürfen, selbst wenn sie dazu Pässe von russischen Gesandten oder Konsulaten erhalten haben. Ebenso stellte er die Forderung auf, die russischen Sozialisten in der Heimat sollten keine Erlaubnis zur Ausreise erhalten.

## Der Seefrieg.

### Ein feindliches Torpedomotorboot versenkt.

**BSS. Berlin, 3. Mai.** (Amstich.) In der Nacht vom 2. zum 3. Mai wurde ein feindliches Torpedomotorboot durch unsere Vorpostenstreitkräfte vor der holländischen Küste versenkt; ein zweites wurde so schwer beschädigt, daß seine Vernichtung wahrscheinlich ist.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Von einem Seeflugzeug versenkt.

Der englische Dampfer „Gena“, 2784 Tons, wurde durch einen Torpedo aus einem deutschen Seeflugzeug getroffen und bei Ulsborough versenkt. Die ganze Mannschaft wurde gerettet. Die Geschütze der „Gena“ haben angeblich vorher ein anderes Seeflugzeug, das sich am Angriff beteiligte, abgeschossen. Beide Entwürfe sind gefangen genommen.

### Ein englischer Truppentransportdampfer versenkt.

Die englische Admiralität gibt bekannt: Der auf der Fahrt befindliche Truppentransportdampfer „Ballarat“ (1120 Brutto-Register-Tonnen), auf dem sich eine große Zahl australischer Truppen befand, ist am 25. April 35 Meilen von Land entfernt durch ein Unterseeboot torpediert und versenkt worden. Durch die glänzende Disziplin und sichere Haltung der Truppen gelang es, alle in die Boote zu bringen, die dann durch unsere schnell herbeikommandierten Wasserflugzeuge in den Hafen geführt wurden. Es gab keinerlei Verluste.

### Der verhängte U-Boot-Krieg.

Sei U-Boote gingen bis zum 28. April Meldungen ein über 203 Schiffsverluste im April, bis zum gleichen Tage des Vormonats wurden nur 220 als verloren gemeldet.

### Ausdehnung des britischen Sperrgebietes gegen die Neutralen.

Aus dem Haag wird berichtet: Das Vorkommen des Auswärtigen empfang von der englischen Regierung die Mitteilung, daß das britische Sperrgebiet vom 3. Mai an erweitert wird. Das Sperrgebiet wird vom 3. Mai an ausgedehnt von den holländischen und niederländischen Territorialgewässern, folgendermaßen begrenzt sein: Im Norden durch den Parallelgrad von 56 Grad nördlicher Breite westlich von einem Punkt, der drei Seemeilen von der Küste von Island entfernt liegt. Im Westen durch die Verbindungslinie folgender Punkte: 56 Grad nördlicher Breite, 6 Grad östl. Länge und 54 Grad 45 Min. nördl. Breite und 4 Grad 30 Min. östl. Länge und 53 Grad 15 Min. nördl. Breite und 4 Grad 30 Min. östl. Länge; im Süden durch die Linie, die durch den letztgenannten Punkt und folgende Punkte gezogen ist: 53 Grad 25 Min. nördl. Breite und 4 Grad 50 Min. östl. Länge, ferner 53 Grad 20 Min. nördl. Breite und 5 Grad 1 Min. östl. Länge. Weiter nach Osten folgt die Linie der Grenze der holländischen Territorialgewässer.

### Ueber das letzte Ereignis im englischen Kanal

Ueber das letzte Ereignis im englischen Kanal liegt heute folgender ausführlicher Bericht vor: Eine deutsche Torpedobootflottille unter Führung des Kommandanten Gauthier operierte in der Nacht zum 21. April zwischen 12 und 1 Uhr in dem englischen Kanal und manövrierte sich an Dover heran. Um halb 2 Uhr begann die Beschließung des Dover, wobei das Gefährde mit Torpedogeschossen beleuchtet wurde. Nachdem mit dem erwarteten Erfolg geredet werden konnte, ging die Flottille nahe an die auf der Rede zu Unterlegenden Bewachungsdampfer heran, wozu einer mit vernichtendem Erfolg unter Artilleriebeschuss gelangte wurde. Die Scheinwerfer des Dover waren bemüht, die Angreifer zu entdecken, aber ohne Erfolg. Hiermit wurde die Flottille entlassen und nach 2 Uhr nochmals kehrt gemacht und Kurs auf die Dover genommen, in der Nacht, das letzte Ereignis anzuzeigen.

Am 2. Mai um 2 Uhr 40 Min. wurde eine 4 Seemeilen südlich von Dover befindliche feindliche U-Boot-Flottille entdeckt. Die Flottille ging sofort zum Angriff über, es kamen auch noch ein oder zwei weitere Flugzeuge in Sicht. Es gelang uns, zu verfolgen den ersten drei deutschen und zwei feindlichen Zerstörer ein hartes Gefecht. Um 2 Uhr 45 Min. erhielt das feindliche Zerstörerboot einen Torpedotreffer unter der Kommandobrücke. Das Schiff kam unter heftiger Explosion in sich zusammen und sank mit dem Schiff in die Tiefe. Kurz nach dem Sinken des Schiffes wurde der zweite feindliche Zerstörer zum Anker gegangen und die anderen drei deutschen Zerstörer zu unserm Schiffe nach dem Kommando durch ein geschicktes Manöver aus, so daß der feindliche Zerstörer durch die U-Boote des zweiten und dritten deutschen Zerstörer vernichtet wurde.

und hierbei von unserer Artillerie mit Geschossen überschüttet wurde. Es wurde festgestellt, daß er ein großes Schußloch in der Bordwand hatte, daß die Kommandobrücke zusammengebrochen war. Nachher überhing und das Achterdeck brannte. Die Gegenwirkung des Feindes mit Torpedos und Artillerie war erfolglos. In der Dunkelheit kam dann der Gegner außer Sicht.

Während sich das Gefecht zwischen zwei bis drei englischen Zerstörern resp. Führerschiffen und der deutschen vorderen Gruppe von drei Booten abspielte, war ebenfalls die hintere deutsche Gruppe in heftigen Kampf mit mehreren feindlichen Zerstörer-Führerschiffen und Zerstörern verwickelt. Auf das vorderste Boot der hinteren deutschen Gruppe setzte um etwa halb 2 Uhr ein feindliches Zerstörer-Führerschiff zum Rammschiff an, dieser wurde durch Ausweichen vermieden. Während des Passierens wurden auf den Gegner in die Back und ein Treffer in die Kommandobrücke erzielt. Die drei deutschen Boote suchten sich dann zusammen, wobei starke Funken aus den Schornsteinen sprühten und so in der dunklen Nacht ein verhältnismäßig gutes Ziel für die feindliche Artillerie geboten wurde. Hierbei gelang es, auf einen feindlichen Zerstörer mit drei Schornsteinen einen Torpedotreffer zu erzielen, der ihn sofort in Flammen hüllte. Unmittelbar darauf, kurz vor 5 Uhr, erhielt das zweite Boot der hinteren deutschen Gruppe einen Torpedotreffer. Das Boot brach auseinander. Im Verlaufe dieses Gefechtes wurde wahrscheinlich auch das zweite deutsche Boot, das seit dieser Zeit nicht mehr gesichtet war, vernichtet. Bei diesem Kampfe gelang es einem der deutschen Zerstörer (wahrscheinlich der später Vernichtete) an die feindlichen Zerstörer heranzukommen. Unsere Mannschaft enterte an Bord des Gegners, wobei es zu hartem Kampfe, Mann gegen Mann kam. Inzwischen kamen weitere feindliche Streitkräfte in Sicht, die unsere Boote veranlaßten, dem an Zahl überlegenen Gegner auszuweichen, und den Rückmarsch anzutreten.

Die in letzter Zeit vielfach verbreitete Ansicht, daß sich der ganze nächtliche Kampf zwischen 6 deutschen und nur 2 englischen Zerstörern abspielte, ist durchaus unzutreffend. Vielmehr war der Gegner unseren Streitkräften überlegen. Den wenigen deutschen Zerstörern standen nicht nur eine große Anzahl englischer Zerstörer, sondern vor allem nach eigener englischer Angabe, ganz erheblich an Geschwindigkeit überlegene Zerstörer-Führerschiffe gegenüber.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Amerika sorgt für die Entente.

Die Agence Havas meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung stellte die Dampfer „Portonia“ und „Clara Menig“ der Hamburg-Amerika-Linie zur Verfügung der Alliierten. Der eine ist für Frankreich, der andere für Italien bestimmt.

### Die Lebensmittelnot in Norwegen

Scheint einen beträchtlichen Umfang angenommen zu haben. In Christiania haben Brotkravalle stattgefunden; 1000 Eäden sollen gekürrt und die Bröte mit Petroleum überschüttet worden sein. Das letztere wäre allerdings der pure Wahnsinn.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Der Postetat

beschäftigte den Reichstag am Donnerstag noch durch lange Stunden. Die Beratung begann mit einer Rede unseres Gesandten Laubach, der zahlreiche Beschwerden über die Verzögerung der Post bei der Post vorbrachte, sich aber auch der viel zu schlecht bezahlten Angestellten und Hilfskräfte der Reichspost annahm. Der Senatsabgeordnete Macken forderte gleichfalls eine Erhöhung der Bezüge der Ausseher und der Postämter Hubrich, der selbst Postbeamter ist, wies nach, daß die Postverwaltung noch reichlich Gelegenheit hätte, praktische Sozialpolitik zu betreiben. Nachdem die Sprecher der Konservativen und Nationalliberalen ähnliche Wünsche vorgetragen hatten, sprach Staatssekretär Kraetke, der die Aufhebung der Einkreisdepakete aus Betriebsgründen zu recht fertigen versuchte, und dann bestritt, daß an den Postbediensteten die schlechte Bezahlung der Hilfskräfte schuld sei — eine Ansicht, die nachher Herr Quark unter Hinweis auf Gerichtsurteile widerlegte. Für die Arbeitgemeinschaft sprach Jabeil, der gleichfalls die schlechte Bezahlung bei der Post rügte. Der Sozialist Siskowich erklärte dem Staatssekretär, daß der Vertrauen der Beamten verloren habe; Herr Kraetke wollte das nicht glauben. Mit einer Rede des Abg. Wurm von der Deutschen Fraktion ging die Postdebatte zu Ende. In ihr hatte auch die Postfreiheit der Landesfürsten eine Rolle gespielt; es ist in der Tat recht eigenartig, wenn der Großherzog von Oldenburg postfrei in zahllosen Telegrammen Mitglied der deutschen Schulschiffvereine wird. Nach Erledigung des Postetats wurde auch der Etat der Reichsdruckerei genehmigt, wobei nur einige kurze Ausführungen gemacht wurden.

Auf der Tagesordnung der Freitag-Sitzung stehen zwei Interpellationen über den Frieden. Die Konservativen wünschen die Stellungnahme des Reichskanzlers zu dem Beschluß unseres Parteiausschusses zu erfahren, der einen zwar internationalen Grundlügen, aber nicht den deutschen Interessen entsprechenden Frieden verlangt habe! Die sozialdemokratische Interpellation weist auf die übereinstimmenden Erklärungen der russischen und der österreichisch-ungarischen Regierung hin, daß sie einen Frieden ohne Annexionen wolle. Der Reichskanzler wird gefragt, ob er das Einverständnis aller beteiligten Regierungen über einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kriegsentwicklungen herbeiführen wolle.

Wie es heißt, wird der Reichskanzler am Beginn der Freitagssitzung erklären lassen, daß er bei der dritten Lesung des Etats auf den Beschluß des Parteiausschusses und die ganze Friedensfrage eingehen wolle, also einen bestimmten Termin für die Beantwortung der Interpellationen nicht in Aussicht stellen könne.

### Umfangreiche Veränderungen in der inneren Verwaltung Preußens bevorstehend?

Die „Kreuzzeitung“ meldet, dem Vernehmen nach stehen für die nächsten Wochen umfangreiche Veränderungen in der preussischen inneren Verwaltung bevor. Es verspricht, daß sieben Regierungspräsidenten und etwa 36 Landräte aus ihrem bisherigen Dienst zurücktreten.

### Professor Dr. Laband für das gleiche Wahlrecht in Preußen.

In der „Deutschen Juristenzeitung“ tritt der Staatsrechtler Prof. Dr. Laband für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ein. Prof. Dr. Laband schreibt:

„Wenn für die weitaus wichtigeren, die Volksinteressen viel tiefer berührenden Reichsangelegenheiten das allgemeine, gleiche, unmittelbare Wahlrecht gilt, und der aus diesen Wahlen hervorgegangene Reichstag sich als seiner politischen Aufgabe gewachsen gezeigt und sich als patriotische Stütze der Regierung in schwerer Zeit bewährt hat, so wird man es als unbillig empfinden, daß für die Behandlung der verhältnismäßig weniger bedeutenden Landesangelegenheiten, für welche überdies Gesetze und Beschlüsse des Reiches vielfach maßgebend sind, das gleiche Wahlrecht nicht ebenso tauglich sei.“

Auch von einer Ergänzung des Reichstagswahlrechts durch ein Pluralwahlrecht will Laband — der keineswegs zu den entschieden liberalen Staatsrechtslehrern gezählt werden kann — nichts wissen. Das „Berliner Tageblatt“ bemerkt hierzu: „Prof. Dr. Labands Stimme ist bedeutungsvoll, nicht allein als die Ansicht eines Juristen von Bekruf, sondern weil unangenehm ist, daß das Urteil dieses Universitätsprofessors über die vermeintlichen Wirkungen einer Ersetzung des Dreiklassenwahlrechts durch das Reichstagswahlrecht in Preußen vom preussischen Staatsministerium eingeholt wurde.“

### Die Besoldung der Unteroffiziere.

Die Unteroffiziere beziehen nach der Besoldungsordnung im Frieden 302,40 Mk. — im Kriege natürlich entsprechend mehr — und erhalten, wenn sie ihre Charge 5½ Jahre bekleiden, die Gehaltsklasse eines Sergeanten in Höhe von 475,20 Mk.; nach weiteren 3½ Dienstjahren bekommen sie, falls sie mangels einer freien etatsmäßigen Stelle nicht vorrücken können, die Gehaltsklasse eines Wafeldwebels im Betrage von 565,20 Mk. Im Felde herrschen darüber, wie viele Zuschriften beweisen, eine Menge Unklarheiten. So meinen z. B. Mannschaften, die mit ihrer Friedenszeit jetzt 5½ Jahr dienen, daß sie Anspruch auf die Sergeantenlöhnung haben. Das trifft natürlich nicht zu. Hat dagegen ein Mann im Frieden drei Jahre als Unteroffizier gedient, ist dann abgegangen, bei Beginn des Krieges aber wieder eingetreten, so hatte er im Februar 1917 die Voraussetzungen erfüllt, die ihn zum Bezuge der Sergeantenlöhnung berechtigen. Eine Ausnahme findet nur statt bei den überplanmäßigen Truppenformationen, für die natürlich planmäßige Stellen nicht vorgesehen werden konnten. Wie wir hören, sind aber bereits Maßnahmen dem Abschluß nahe, um diese Härte zu beseitigen.

### Die ostpreussischen Landräte bedauern.

In Nr. 95 der „Goldapner Allgemeinen Zeitung“, dem Publikationsorgan für Stadt und Kreis Goldap, vom 25. April 1917 finden wir folgende amtliche Bekanntmachung:

#### Eierpreise.

Auf Bestimmung der Provinzial-Eierstelle sieht sich die Kreisverwaltung zu ihrem Bedauern genötigt, den Einkaufspreis für Eier von sofort ab auf 20 Pfg. pro Stück bzw. 3 Mk. für die Mandel herabzusetzen. Die Eierkaufstellen erhalten fortan eine Vergütung von 1 Pfg. pro Stück bzw. 15 Pfg. pro Mandel. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Herabsetzung der Eierpreise ein Nachlassen des Angebots nicht zur Folge haben wird und daß auch die Eierkaufstellen in ihrer Sammeltätigkeit nicht nachlassen. Daß fortan in der wärmeren Jahreszeit nur frische Eier zur Ablieferung gelangen dürfen, ist selbstverständlich.

#### Der Landrat.

Eine gleiche amtliche Bekanntmachung bringt nach der Mitteilung unseres Königsberger Parteiorgans auch die im Kreis Insterburg erscheinende „Ostdeutsche Volkszeitung“. Es scheint danach unter den ostpreussischen Landräten Gesplogtheit zu sein, die Herabsetzung von Lebensmittelpreisen nur mit dem Ausdruck des Bedauerns zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Die verbrauchende Bevölkerung wird jedenfalls durch solche landrätlichen Gefühlskundgebungen sehr eigentümlich berührt.

### Neuorientierung in Hessen.

Die sozialdemokratische Fraktion des hessischen Landtags hat folgenden Antrag eingebracht:

Wir beantragen, die Kammer wolle beschließen, die Großherzogliche Regierung zu ersuchen, den Ständen alsbald Gesetzesentwürfe zu unterbreiten, durch welche sowohl das Landtagswahlrecht als auch das Wahlrecht für Gemeinde-, Kreis- und Provinzialvertretungen im Sinne des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aller großjährigen Hessen ohne Unterschied des Geschlechts im proportionalen Wahlverfahren herbeigeführt wird.“

### Landtagsdebatten über Neuorientierung in Baden.

In der Haushaltskommission der Zweiten badischen Kammer begannen Ende voriger Woche die parteipolitischen Auseinandersetzungen in der Frage der Neuorientierung; diese Debatten wurden in dieser Woche fortgesetzt. Genosse Kolb begründete in einstündigem Vortrag die Notwendigkeit der Neuorientierung. Staatsminister v. Dusch war nicht erbaud von der Behandlung solcher politischen Angelegenheiten im gegenwärtigen Stadium des Krieges, räumte aber ein, daß die Regierung sich einer Beantwortung nicht entziehen könne. Der Minister verteidigte den Fortbestand der jetzigen Staatsverfassung, die sich auch in diesem Kriege bewährt habe, gegen die demokratische Reform, wie solche von der sozialdemokratischen Fraktion gefordert wird. In einigen Punkten könnten Konzessionen gemacht werden. Die letzteren liegen auf dem Gebiet der inneren Verwaltung. Diese Reformen wurden vom Minister v. Bodmann genehmigt. Er beklagte die Ablehnung der Kriegsentwicklungen im sozialdemokratischen Friedensprogramm, begrüßte aber die staatsfreundliche Haltung der Offenburger sozialdemokratischen Parteikonferenz. Der Finanzminister erklärte in der Finanzlage des Reichs und der Staaten sei die beantragte Neuorientierung nicht begründet. Eine bessere Besoldung der Beamten werde man in Aussicht nehmen, sobald es möglich sei. Auch über eine Aenderung der Altersversorgung lasse sich reden. Der Kultusminister lehnte es ab, dem Unterrichtsweisen eine Grundlage zu geben, wie sie die Sozialdemokraten in der Einheitschule verlangen. Einige Konzessionen konnte er machen. — Ebenso ablehnend äußerten sich die Redner des Zentrums (Dr. Zehner) und der nationalliberalen Partei (Rebmann), während Abg. Summel für die Volkspartei den meisten sozialdemokratischen Forderungen zustimmte. Rebmann forderte ein teilweises Frauenwahlrecht. Die Debatten werden fortgesetzt.



## Bekanntmachung.

In der Zeit vom 7. bis 15. Mai sollen an jede bis zum 1. Mai zur Kundenliste angemeldete Person zur Ausgabe gelangen:

- 250 Gramm Gerstengraupen, und zwar auf die Abchnitte G VII und G IX je 125 Gramm zum Preise von 30 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund).
- 250 Gramm Dörrengemüse (Stiefkräuter) auf den weißen Sonderchein II des Lebensmittelbuches, zum Preise von 1,50 Mk. für 1/2 kg (1 Pfund).
- 125 Gramm Südfruchtarmelade auf den blauen Sonderchein XVI des Lebensmittelbuches zum Preise von 92 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund).

In den Warenabgabestellen des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend wird an Stelle von Südfruchtarmelade Kriegsmilch zum Preise von 55 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund) abgegeben werden.

Die Waren sind bei denjenigen Kleinhändlern zu entnehmen, bei welchem die Anmeldung zur Kundenliste für Kolonialwaren erfolgt ist.

Die gesammelten Abchnitte für diese Verteilungen (Graupen Nr. 39), (Dörrengemüse Nr. 42), (Südfruchtarmelade Nr. 43) sind in gewohnter Weise durch die Verkäufer bis zum 20. Mai abzugeben.

Lübeck, den 3. Mai 1917.

607 Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

## Bekanntmachung

betreffend die Abfertigung von Bezugsscheinen für Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren.

Am Sonntag, dem 6. Mai 1917, ist die Abfertigungsstelle von Bezugsscheinen für Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren nachmittags von 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Lübeck, den 2. Mai 1917.

Das Polizeiamt.

Am 24. April starb den Selbentod fürs Vaterland unser lieber einziger Sohn, Bruder und Bräutigam  
**Paul Tiedemann**  
im 21. Lebensjahre.  
In tiefer Trauer und unlagbarem Schmerz  
**Heinr. Tiedemann** und  
Frau geb. Moldt.  
**Grete Tiedemann.**  
Frida Eichner. 613

Für bewiesene herzliche Teilnahme beim Ableben meines lieben Mannes, unseres guten Vaters  
**Carl Jahn**  
danken wir allen herzlich, besonders dem Vorstand der Genossenschafts-Bäckerei, sowie seinen Mitarbeitern und Kollegen vom Bäcker-Verein.

**Auguste Jahn**  
geb. Dabelstein und Kinder.

**Fahrradführerin**  
zum 15. Mai gesucht.  
**Kurhaus Travemünde.**  
F. Brüggemann.  
Verlässliche Vorstellung erwünscht. (608)

Verloren von einem Kinde ein 5-Mark-Schein von Glognitzstraße bis Segebergerstr. Bitte abzugeben.  
Segebergerstr. 7, nr. 601

**U-Boot-Spende.**  
Straßensammlung  
am 5. und 6. Mai 1917.

**Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.**  
c. G. m. b. H.

Vom Montag, dem 30. April bis zum Sonnabend, dem 5. Mai, liegen die

**neuen Kundenlisten für die Abgabe von Kartoffeln**

in unseren Abgabestellen im Lübecker Staatsgebiet zur Eintragung aus.

Wir bitten alle Mitglieder, sich während dieser Zeit unter Vorlegung der neuen Kartoffelkarten bei uns eintragen zu lassen. Nur durch rechtzeitige und vollständige Anmeldung kann die volle Lieferung gewährleistet werden.

Der Vorstand.

**Die Sozialdemokratische Feldpost**

ist als Maiestnummer erschienen. Preis 10 Pfg.

**Buchhandlung Fr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

# Geschmackvoll garnierte Damen-Hüte

zu meinen bekannt billigen Preisen in größter Auswahl.  
**Riefenlager in Kinderhüten** garniert und ungaryert  
erstaunlich billig.

# D. Wagner

Holstenstraße 8. 605

Bitte beachten!! Bei eingetragenen Attecken (Polizierscheinen auf Milchlieferung) wolle man sich in jedem Falle von der Verkäuferin der Verkaufsstelle, von welcher man Milch bezieht, folgenden Vermerk auf die Rückseite des Atteckes setzen lassen: „Eingetragen unter Nr. (lt. Ausweiskarte) ... der Kundenliste“ (Unterschrift der Verkäuferin mit Angabe der Verkaufsstelle). Fehlt obiger Vermerk auf dem Schein, ist Lieferung nicht auszuführen.

**Magermilchverteilung am 5. Mai**  
(mit Vorbehalt der Verkaufsfähigkeit)  
In den meisten Läden ist auch ein Teil Buttermilch; diese wird auf Wunsch an Stelle der Magermilch ausgegeben, soweit der Vorrat reicht.  
Ausgabe der Magermilch (Buttermilch) an alle Nummern von 1 bis 100 und Nr. 301 und höhere Nummern.

**Quartverteilung.**  
Quart (Weichkäse) zum **Holstentorviertels,**  
Auftrieb in allen Läden des  
soweit der Vorrat reicht. Abgabe an alle magermilchbezugsberechtigten Haushaltungen lt. Ausweisarte 1 Schale.  
**Hansa-Meierei G. m. b. H., Lübeck.**  
614

**Drucksachen aller Art**  
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

**U-Boot-Spende.**

**Wohltätigkeitsabend**  
am Sonntag, dem 6. Mai 1917  
in der **Stadthalle.**

**Prolog.**  
Verfaßt von Herrn Professor Dr. Schulze.

**Tanzaufführungen:**  
Boccherini — Menuett — Holzschuhantanz — Flaggentanz, großer patriotischer Festanz, getanzt von 16 Damen.

**Theateraufführungen:**  
„Der Hamster“, Lustspiel in einem Aufzuge von Fritz Ewald.  
„Am Webstuhl der Zeit“, Vaterländisches Festspiel aus den großen Tagen der Gegenwart von Fritz Ewald.

**Militärkonzert.**  
Während der Pausen:  
**Glückstopf, Verlosung eines Ferkels.**

Eintrittsgeld: 50 A., 1.— M., 1.50 M.  
Vorverkaufsstellen: H. Dreßelt, Breite Straße 28/30, Friedr. Nagel, Markt 14, Mari Tews, Adolfsstr. 7.  
Lose à 1 Mk sind zu haben bei **J. Kerz,** Königstraße 61/63, sowie an der Abendkasse.  
Saalöffnung 7 Uhr. Beginn 7 1/2 Uhr.  
Der Ausschuss. 604

Sonnabend ohne Marken:  
**Fettes Ziegenfleisch.**  
29 Marktstraße 29. 612

**J. H. Pein**  
Am Markt 12.  
Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für  
erstklassige  
:: Manufakturwaren ::  
Spezialhaus für Betten  
Bettfedern u. Daunen  
Herren- und Knaben-  
Garderob. Arbeiter-  
und Berufs-Kleidung.

**Rechnungs-Formulare**  
werden hergestellt in der  
Buchdruckerei „**Ed. Bollstede**“  
Johannisstraße 46.

**Sozialistische Dokumente**  
des Weltkrieges.

Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkrieg, mit kurzen geschichtlichen und welpolitischen Einleitungen.  
1. Heft: Politik und Krieg — Grundzüge der englischen Politik.  
Von M. Beer.  
Preis 10 Pfg.

**Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

**Kaninchenzucht-Verein**  
für Lübeck u. Umgegend von 1895.

**Versammlung**  
am Sonnabend, dem 5. Mai 1917  
abends 8 Uhr (602)

in der „**Hansa-Halle**“  
Fackenburg Allee 100-104.  
Tagesordnung:  
1. Ausstellungsangelegenheit.  
2. Futterfrage.  
Der Vorstand.

**Militär-Vortrags-Gesellschaft**  
Vereinigung deutscher Offiziere und Gelehrter für  
vaterländische Bildungsarbeit.

Sonnabend, den 5. Mai abends 8 Uhr,  
Sonntag, den 6. Mai, nachm. 4 u. abds. 8 Uhr  
sowie folgende Tage (gewöhnliche Preise)  
im **HANSA-THEATER, Lübeck.**

**Vaterländ. Festaufführung**  
**Ostpreußen und**  
**sein Hindenburg**

Musik vom Königlichen Musikdirektor Prof. Hümmel.  
Zum Besten der unter dem Schutze Seiner Majestät des Kaisers und unter dem Ehrenpräsidium des Herrn Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, sowie des Herrn General-Feldmarschalls v. Hindenburg stehenden **Reichsverbandes der Ostpreußenhilfe.**

Die für den Reklame-Aushang ausgegebenen gelben Karten haben **nur Montag, den 7., und Freitag, den 11. Mai, Gültigkeit.**

Vorverkauf b. Sager, Kohlmarkt.

**Brauerei zur Walkmühle**  
**Hansa-Brauerei A.G.**  
Lübeck.  
Trinkt **Lübecker Vereins-Brau**  
**Bavaria-Brauerei**  
Lübeck. Tel. Nr. 474

**Schloßbrauerei Kiel**  
worden überall bevorzugt.  
**Julius Schöber**  
**Heinrich Kronsbein**

**Praktischer Wegweiser**  
empfehlensw. Geschäfte  
**Heinrich Waller**  
Braiestr. 60  
Herrenwäsche  
Krawatten-Unterzeuge  
Hüte, Schirme etc.  
**August Scheere**  
**Carl Rohde**  
Schlesische Bedarfsartikel  
Pelz-Berberei  
**August Pönn**

**Wilhelm Rahft**  
Untertrave 113  
**Emil Aland**  
Guter Aufschnitt u. Wurst  
**Ratzeburger Aktien-Brauerei**

**Konner bevorzugen**  
das gute **Lübecker Bürgerbräu**  
**MewsMühle, Mühlenfabrik**  
**L. Schaap**  
Manufakturwaren u. Konfektion  
Arbeitergarderoben  
Nähmaschinen

### Die schwedische Verfassungsfrage.

Von unserem schwedischen Mitarbeiter.

Seit mehr als zwanzig Jahren kämpfen die schwedische Arbeiterklasse und die bürgerliche Demokratie, um das allgemeine Wahlrecht zu erringen. Durch die Verfassungsreform von 1907 wurde das allgemeine Wahlrecht für die Zweite Kammer durchgeführt, aber mit verschiedenen Einschränkungen, die von der Sozialdemokratie natürlich nicht gutgeheißen wurden. So müssen die Wähler zur Steuerpflicht herangezogen sein — und das sind alle, die auf dem Lande und in kleinen Städten über 450 Kronen und in den größeren Städten über 650 Kronen Einkommen haben. Staats- und Gemeindesteuern müssen schon gezahlt sein für die drei Jahre vor der Wahl; weiter darf der Wähler keine Armenunterstützung erhalten haben, die er nicht schon wieder zurückgezahlt hat; desgleichen muß er seiner Wehrpflicht nachgekommen sein, sofern er nicht davon befreit war. Die Wahlen erfolgen nach dem Proportionalwahlsystem. Es sind hauptsächlich die beiden ersten Bedingungen, die die Arbeiter am schwersten betreffen. Die Steuern, vor allem die der Gemeinden, sind ungemein hoch und bei jeder Wahl fallen Hunderttausende Wähler der Steuerklasse wegen aus. Trotzdem hat die schwedische Arbeiterklasse es dank ihrer politischen Tätigkeit soweit gebracht, daß sie bei den drei Wahlen unter der neuen Verfassung die größte politische Partei der Zweiten Kammer geworden ist. Sie zählt hier 87 Vertreter, während die Partei der Rechten 86 und die Liberalen ihrer nur 57 besitzen. Die Liberalen hatten vor 1914 über 100 Abgeordnete.

War das aber möglich für die Sozialdemokratie, sich in der Zweiten Kammer eine starke Machtposition zu verschaffen, so wurde dieses infolge der Verfassungsreform nicht möglich für die Erste Kammer. Diese wurde den Vertretern der großen Vermögen vorbehalten. So wird zunächst die Forderung gestellt, daß jedes Mitglied der Ersten Kammer 35 Jahre alt ist — in der Zweiten muß es 25 Jahre alt sein — dann soll es entweder ein Einkommen haben von 3000 Kronen oder ein auf mindestens 50 000 Kronen geschätztes Vermögen. Früher waren 4000 Kronen Einkommen und 80 000 Kronen Vermögen erforderlich. Die Wahlen sind mittelbar und werden in größeren Städten von den Stadtverordneten und auf dem Lande von den Kreisvertretern (Schweden ist in 24 Kreise eingeteilt) vollzogen. Die Wahlen zu den Kreistagen werden nach einer Scala vorgeschrieben, wonach man je nach dem steuerpflichtigen Einkommen 1—40 Stimmen abgeben kann. Es ist also für jeden mit 50 000 Kronen Einkommen möglich (das ist die Höchstgrenze dieser Scala) ebensoviel Einfluß auszuüben wie 40 Arbeiter mit der kleinsten Stimmenzahl. Nun haben ja wenige Arbeiter nur eine einzige Stimme, besonders in den Städten und in den Industrieorten. Im allgemeinen dürfte die durchschnittliche Stimmenzahl 8 oder 9 sein. Dazu kommt aber, daß die Wahlen hier proportional sind, sowohl bei den Wahlen für die zur ersten Kammer wählenden Körperschaften, Stadtverordnete und Kreistage, wie auch in diesen zur Ersten Kammer. Das bedeutet, daß die Erste Kammer die Kammer der Reichen bildet. Und da bei der Aenderung der Verfassung und bei allen Gesetzen in beiden Kammern gleichlautende Beschlüsse gefaßt werden müssen, so ergibt sich von selbst, daß diese Kammer als Bremsen fungiert. Nur langsam kann hier eine Aenderung in demokratischer Richtung eintreten. Gewiß ist die Erste Kammer durch die Reform von 1907 verändert worden. Früher hatte man bei 10 000 Kronen Einkommen 100 Stimmen in den Städten und nach einer anderen Gradierung auf dem Lande bis zu 500 Stimmen. Mit der Reform verschob sich das Verhältnis in der Vertretung, der bis dahin ausschließlich aus Gutsbesitzern, Kapitalisten und hohen Bureaufürten zusammengesetzt war, so daß diese Kategorien jetzt nur 80 Vertreter unter 150 stellen. Die Liberalen haben 44 und die Sozialdemokraten 17 Mandate inne.

Die Sozialdemokratie hat nicht aufgehört, gegen diese Parodie auf das Wahlrecht zu protestieren und fast in jedem

Jahre hat sie im Reichstag Vorschläge gemacht, die auf eine Aenderung abzielten. Die Liberalen dagegen haben sich von Anfang an damit abgefunden, wohl besonders deswegen, weil die liberale Regierung von 1906 die damals vorgelegte Wahlrechtsvorlage der Ersten Kammer unberücksichtigt ließ. Von beiden Parteien der Linken sind seitdem Wahlrechtsanträge im Reichstage eingebracht worden, auch in diesem Jahre. Die Sozialdemokraten forderten das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Liberalen das gleiche. Der Verfassungsausschuß des Reichstages hatte, da Stimmengleichheit vorhanden war, durch das Los der liberalen Vorlage zugestimmt. Die Rechten im Ausschuß verhielten sich reserviert. Der Führer der Rechten in der Ersten Kammer, Herr Trygger, schwieg, trotz aller scharfen Reden, mit der russischen Revolution und dem Ostererlaß des deutschen Kaisers im Hintergrund. In der Zweiten Kammer wurde eine noch schärfere Sprache geführt von den Leuten der Linken, Branding und Prof. Eden. In beiden Kammern wurden auch andere Mittel als das bloße Reden zur Durchführung der Verfassungsreform angedeutet. Alles war aber für diesmal vergebens. Soviel aber hat die Debatte gezeigt, daß die schwedische Verfassungsfrage jetzt wieder ernstlich aktuell geworden ist und daß sie die Hauptfrage sein wird bei der diesjährigen Wahlbewegung zur Zweiten Kammer. Daß dabei die russische Revolution und die deutsche Demokratisierung mitgewirkt haben, unterliegt keinem Zweifel. Das schwedische Volk will nicht allein stehen mit einem Wahlrecht, bei dem Geld größere Bedeutung hat wie die Menschen.

### Deutscher Reichstag.

99. Sitzung.

Donnerstag, 3. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Im Bundesrat: Kräfte.

Zunächst wird der Gesetzentwurf betr. den Gebührentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal in erster und zweiter Lesung debattiert.

Hierauf wird die zweite Beratung des

Postetats

fortgesetzt beim Titel „Staatssekretär“.

Lauhadell (Soz.): Die lange Dauer des Krieges hat auch der Post- und Telegraphenverwaltung große Schwierigkeiten gebracht. In der letzten Zeit scheint es der Verwaltung nicht immer gelungen zu sein, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Klagen und Beschwerden des Publikums haben sich immer mehr gehäuft. Die Nichtannahme der Einschreibpakete ist mit technischen Schwierigkeiten begründet worden. Diese können aber nicht so groß sein, um eine so einschneidende Maßregel zu rechtfertigen. Das Publikum fühlt sich dadurch um so mehr benachteiligt, als in der letzten Zeit viele Pakete verloren gegangen sind. Unreife Elemente, durch deren Verhalten das Vertrauen zur Post untergraben wird, müssen rückstandslos ausgespart werden; man darf aber auch nicht übersehen, ob nicht etwa solche Vorkommnisse durch ungenügende Bezahlung verursacht sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Posteinnahmen sind um 2 Proz. zurückgegangen. Herr von Camp meinte in der Kommission, das Publikum habe die Verteuerung des Postverkehrs hinnehmen müssen und bei neuen Steuern solle man wieder auf die Postgebühren zurückgreifen. Herr von Camp täuscht sich, die Nichtannahme des Publikums ist außerordentlich groß (Sehr wahr! bei den Soz.), um so mehr, als die Postfreiheit der Landesposten noch immer besteht. Die Angelegenheit ist den Bundesratsausschüssen 6 und 7 zur Kenntnis gegeben. Soll das etwa heißen, daß sie auf 6 bis 7 Jahre verzagt ist? Die Landesposten sollten doch heimlich auf das Prinzip der Postfreiheit verzichten. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Die halbe Pfennigrechnung führt bei den Schaltern zu unheimlichen Auseinandersetzungen. Am so notwendig ist die Ausprägung von 24-Pfennig-Stücken. — Dem Gesetzentwurf des Hauptauswahls, wonach Telegrammgebühren auf eine durch fünfteilbare Zahl nach oben oder unten abzurunden sind, wird meine Fraktion zustimmen. Die Presseleoramme sind im vorigen Jahre von der Erhöhung befreit worden. Warum geschieht das nicht auch bei den Pressetelegrammen nach Österreich-Ungarn? Bei einigermaßen gutem Willen müßte doch für die Presse der beiden Länder eine gleichmäßige Behandlung möglich sein. Die Rückerschwerung der Telegramme nach Österreich-Ungarn ist um so wichtiger, als

der Telephonverkehr geipert ist. Unter den Erschwerungen des Postverkehrs leidet vor allem die Provinzpresse. Die Beförderung eines Telegramms nimmt heute zuweilen mehr Zeit in Anspruch als die Fahrt mit dem Personenzug. Ist an solcher Verzögerung der Telegramme die Postbehörde schuld oder ist sie etwa auf die Zensur zurückzuführen. Die Postbehörde sollte mit Nachdruck bei den Militärbehörden darauf dringen, daß die Erschwerungen des Verkehrs beseitigt werden.

Sehr wichtig sind die Befolgungsfragen. Bleibt es bei dem vorgelegten Etat, so werden viele Wünsche der Beamten nicht berücksichtigt. Aus Elb-Lothringen sind im vorigen Jahre viele einheimische Beamte plötzlich nach dem Innern Deutschlands verlegt worden. Sollte das aus politischen Gründen geschehen sein, so müßten wir das aufs schärfste verurteilen. Ein solche Maßregel kann bei den Beamten nur die größte Erbitterung erregen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Leistungen der zahlreichen Frauen und Mädchen bei der Post werden im allgemeinen gelobt, die Bezahlung aber steht in gar keinem Verhältnis zu der Leistung. So erhält eine Telephonistin, die nach fünfjähriger Dienstzeit die Sozialarbeit eines Assistenten übernahm — eine verantwortungsvolle Tätigkeit, da die Tageseinnahme sich auf 5000 bis 8000 Mark beläuft — nur ein Tagelohn von 2,60 Mk. (Sehr, hört, hört!) nebst dem geringen Mantelgeld von 5 Mk. monatlich. Und das Standeslos ist, daß sie auf jede Weitererhöhung verzichten muß. Mit einer derartigen skandalösen Ausnutzung der Arbeitskraft sollte in einem Reichsbetriebe schärfste Sühne gemacht werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei den Teuerungszulagen darf nicht verfahren werden wie in Hamburg, wo man den Heizern 40 Proz. täglich abgezogen hat, das macht monatlich 12 Mk., und dann hat man diese 12 Mk. als Teuerungszulage bewilligt. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei der Einstellung von Kriegsverletzten sollten die Reichsbetriebe den Privatbetrieben mit gutem Beispiel vorangehen. Einem Kriegsverletzten ist aber von der Postbehörde mitgeteilt worden, daß er auf Grund einer Verletzung im Potendienst nicht eingestellt werden darf. Ich bitte den Staatssekretär um Auskunft, ob eine solche Verletzung mit seinem Willen und Willen besteht. Jedenfalls sollte eine solche Verletzung so schnell als möglich aufgehoben werden. Bei den Tagelohnern der Hilfskräfte sollte man lediglich fragen, ob die Hilfskräfte bei der Bezahlung imstande sind, eine menschenwürdige Existenz zu führen, und ob die Bezahlung für diese Bezahlung dauernd gute Hilfskräfte erhalten kann. Bei den gegenwärtigen Löhnen ist beides nicht möglich. Ein großer Mangel ist es, daß die Aushefter für Heberstunden keine besondere Bezahlung erhalten. Der Frage der Entlohnung der Hilfskräfte muß die größte Beachtung geschenkt werden, denn von ihr hängt es ab, daß wir wieder zu geordneten Verhältnissen im Postbetriebe kommen. (Beifall bei den Soz.)

Raden (Zentr.): Die Feldpost und insbesondere die Post- und Telegraphenbeamten in der Heimat verdienen unsere größte Anerkennung. Das ungeschulte Personal, das die Verwaltung jetzt beschäftigen muß, bedingt natürlich gewisse Mängel. Bei der Mehrarbeit, die die Beamten zu leisten haben, soll man ihren berechtigten Wünschen um so mehr entgegenkommen. (Sehr richtig!) Die Erhöhung der Bezüge der Aushefter, namentlich derjenigen, die schon längere Zeit im Dienste sind, ist dringend geboten. Die Einschreibpakete sollten so bald wie möglich wieder zugelassen werden. Gerecht ist das Beitreiben der Post, möglichst viel Kriegsschädigte zu beschäftigen. Leute, die auf den Bahnhöfen z. B. schwere Arbeit zu leisten haben, sollten auch die Brotzeit der Schwerarbeiter erhalten.

Schubert (Volksp.): Dem Dank an die Beamenschaft der Post schließen wir uns an. Etwas ein halbes Armeekorps hat die Post an ihren geschulten Beamten der Vaterlandsverteidigung zur Verfügung gestellt. Die dadurch notwendig gewordene Einstellung ungeschulter Personals erklärt die Unzulänglichkeit und Unhöflichkeit des Postverkehrs in dieser schweren Zeit. Ein wie großer Unterschied zwischen der Auffassung der geschulten und der Auffassung der Ersatzkräfte besteht, beweist z. B. das Vorkommnis, daß 20 weibliche Postkellner eines Morgens sich weigerten, ihren Dienst anzutreten, weil es ihnen zu kalt sei. Dort unbedingte Sühne an die Pflicht, hier Barmherzigkeit des persönlichen Wohlwollens! Zur Bekämpfung der Briefpost sollte endlich die Anbringung von Briefkästen unten am Haus allgemeiner Brauch werden. Die Kriegsschädigten, die den Beamten gewährt worden sind, sind zum Teil zu niedrig, zum Teil zu spät gekommen und waren nicht geeignet, den wirtschaftlichen Kreisgang der Beamten im Krieg anzuknüpfen. Die neueste Erhöhung der Gehälter wird die Stimmung unter den Beamten hoffentlich verbessern. Gerecht ist, daß nach zweijähriger Pause wieder eine ganze Anzahl neuer etatsmäßiger Stellen geschaffen werden. Die Anstellungsverhältnisse der Beamten sind allerdings trotzdem noch alles andere als befriedigend. Schon im Interesse der Bevölkerungspolitik sollte man mehr tun, um ein früheres Heiraten der

### Wer trägt die Schuld?

Erzählung von Theodor Mügge.

4. Fortsetzung.

Vielleicht war es aber nur eine Verhöhnung, die Eduard sich vorzulegen hatte. Nach üblicher Sitte war für die Ausstattung eine Summe bestimmt worden, für welche dieselbe bestritten werden sollte. Es fand sich jedoch bald, daß diese nicht reichten würde, aber ebensowohl stellte sich heraus, daß die Frau keine Lust hatte, ihren Geldbeutel aufzutun.

Nachdem die Ueberflüsse gemacht und was zu bezahlen war, bezahlt war, fand sich, daß das Geld für einen Gegenstand fehlte, den Anna durchaus notwendig erklärte. Es fehlte ein Klavier. Anna spielte und sang, aber ihre Mutter spielte ebenfalls. Sie war früher Mitglied der Akademie gewesen. Das vorhandene Instrument ihrer Tochter mitzugeben, schien die Frau Bürgermeisterei durchaus nicht willens, auch hatte Anna keine allzu große Sehnsucht danach, denn vorzüglich war es nicht, und längst stand es fest, daß Anna bei ihrer Verheiratung ein neues Instrument haben müsse.

Jetzt war die Verheiratung da, aber das Instrument fehlte. Die Frau Bürgermeisterin wußte sich zu helfen.

Da Sie ein galanter Bräutigam fand, sagte sie zu Eduard, müssen Sie Annas größten Wunsch erfüllen. Sie müssen ein Instrument kaufen und sie damit überraschen. Sie haben die Freunde und das Vergnügen davon, denn Sie werden Anna spielen und singen hören, obenein machen Sie sie glücklich damit, denn sie liebt die Musik leidenschaftlich.

Dagegen hegte der Bräutigam einigen Zweifel, da Anna keinen spielte, auch keine besondere Kunstfertigkeit besaß, allein, was wollte er machen? Er erklärte sich bereit dazu, galant zu sein, und die Frau Bürgermeisterin übernahm es, ein gutes Instrument auszusuchen, wofür er um so dankbarer war, als er nichts davon verstand.

Und jetzt, als Eduard Lichtfeld seine junge Frau in das blumengeschmückte Wohnzimmer führte, stand der prächtige, große Flügel in der Mitte derselben. Während der Trauung in der Kirche wurde er hierhergebracht und aufgestellt. Anna ließ darauf zu, betrachtete ihn mit stolzen frohen Blicken, und wandte sich dann lebhaft zu ihrem Mann, dem sie die Hände entgegenstreckte.

Du hast mich auf die angenehmste Weise überrascht! rief sie aus. So habe ich es gewünscht. Das ist herrlich, das ist prächtig! Es ist ein köstliches Instrument, deren gibt es nicht viele. Ueber ihrer Freude verzog Eduard einen störenden Nebenblick, der ihm beim Anblick des Flügels eingefallen war. Er

dachte nicht mehr an dessen Preis, mit Leidenschaft preßte er die schöne Gelechte an sich, um den süßesten Lohn von ihren Lippen zu holen; dabei verzog er alle Rücksicht auf den köstlichen Puch des Brautkleides, und nun meinte es ein Unstern, daß, als sie eine Bewegung machte, um sich diesem Angefaß zu entziehen, seine Ringer in den breiten Kantenbesatz griffen und diesen zerrissen. Voller Unwillen stieß sie ihn zurück und sah ihn so böse an, daß er davon erschau. Das ist unverzeihlich! rief sie ihm zu, und diese drei Worte vermehrten den peinlichen Eindruck, mit dem er kämpfte. Er versuchte eine Entschuldigung, aber diese kam abgebrochen und unvollständig heraus, und er konnte das unmutige Gefühl nicht gütlich überwinden, auch als er sah, daß sie ihn verzeihen wollte. Der nächste Befehl wird gar nicht mehr zu gebrauchen sein, sagte sie, den Schaden betrachtend; wie ist es denn nur möglich gewesen?

Er antwortete nicht darauf. Die Wagen mit den Hochzeitsgästen hielten schon vor dem Haus und eben kam Onkel Tobias mit den beiden Müttern an beiden Armen lustig schreiend zur Tür herein. Jetzt kann der Tanz losgehen, Kinder, sagte er, indem er einen zierlichen Sprung machte, die Musikanten sind schon da.

Anna lachte fröhlich auf, drückte ihrem Manne die Hand und nickte ihm zu. Jede Spur von Verdruß war aus ihrem Gesicht verschwunden. Kein Mißton soll unser Glück tönen! sagte sie, indem sie ihm ihre Lippen bot. Wie hätte er dieser Verhöhnung widerstehen können!

3. Kapitel.

Die nächsten Wochen waren lauter Festtage, jeder brachte vergnügliche Festreuzungen. Viele Besuche kamen und mußten erwidert werden, Einladungen erfolgten und die Abende wurden meist außer dem Hause in bestreuten Kreisen oder im Theater verbracht. Die junge Frau hatte genug zu tun, um ihren Freundinnen ihre Wohnung und deren Schätze, die vielen Hochzeitsgeschenke und alle übrigen Herrlichkeiten zu zeigen. Sie besaß in der Tat vielerlei Prachtiges und Ueberflüssiges, es war an allem zu sehen, daß sie, wie man zu sagen pflegt, eine gute Partie gemacht hatte, und mit Selbstgefälligkeit beobachtete sie den Eindruck, den diese Ueberzeugung hervorbrachte. Sie wurde ebensowohl beneidet, wie ihr Mann; es war manches doch gar zu hübsch und angenehm, um nicht die Sehnsucht mancher jungen Dame danach zu erwecken. Eben durch den Aufwands, der gemacht war, wurden die Vorstellungen von der Wohlhabenheit der Familie Lichtfeld bedeutend vergrößert. Viel trug dazu auch der prächtige Konzertflügel bei, auf den Anna besonders stolz war, und der viel zu sprechen gab. Er kamme aus der berühmtesten Fabrik und kostete eine bedeutende Summe, die Eduard, was man freilich nicht wußte, mit geheimen Ersparnissen bezahlt hatte. Der Preis blieb unter den

Freundinnen nicht verschwiegen und wurde sogar noch vergrößert. Manche bedächtigen Leute, die zu den reichsten gehörten, schüttelten den Kopf dazu, auch fehlte es nicht an boshaften Bemerkungen, allein, sie wurden in der Stille gemacht, und die zunächst sich eine Bemerkung erlauben konnten, taten es nicht, um kein Vergernis herbeizuführen. Der einzige, der sein Mißfallen über manches, was er sah, äußerte, war der Prediger, aber er schüttelte sich nur gegen den Onkel Tobias aus, der ihm so wenig wie möglich beistimmte.

Was sind das für törichte Verwendungen, sagte er, doch Eduard ist immer eitel und leichtsinnig gewesen. Das ist das Verderben der jetzigen Zeit, daß sie die Einfachheit und Stille des Lebens verachtet. Jeder höher hinaus will, als es für ihn möglich, und in stüßigstem Land und Brunst seinem eifigen Trachten nachläßt, statt in Ehrbarkeit und Gottesfurcht seiner Familie und seiner Arbeit zu leben.

Daß ihn laufen, Georg, fiel der Onkel Tobias ein, laß ihn laufen! Es ist ein Bekennnis, er hat die Welt kennen gelernt. Nun hat er die junge, hübsche Frau, die muß er doch zeigen, und sie sieht es natürlich gern, wenn die Leute sich über den Glanz wundern, und über die hübschen Sachen die Hände zusammenschlagen.

Wenn Frauen in ihrer Schwäche dem Andringen des bösen Feindes, das heißt böser Reizungen unterliegen, so tragen diejenigen die Schuld, die ihre Wächter und Schützer sein sollen, erwiderte der Prediger. Ich fürchte, Onkel Tobias, hier wird bald das Gegenteil eintreten: hier wird die Frau den Mann ermahnen müssen, von bösen Reizungen, von Vergnügungs- und Verschwendungslust abzulassen, und ich fürchte — er schwieg und blickte ernsthaft vor sich hin.

Wie die Einzel leben sie zusammen! sagte Onkel Tobias, indem er auf die silberne Dose schlug. Ein Herz und eine Seele vom Morgen bis zum Abend. Was ist denn auch an ein paar hundert Taler gelegen, die er mehr ausgegeben hat. Laß ihn laufen, Georg, er wird keine Sache schon machen. Lustig ist er und liebt die Welt, aber ein former Geschäftsmann ist er auch. Es arbeitet ihm so leicht keiner nach, wenn er an dem Pult sitzt. Ihr werdet schon sehen, wie er seine Sachen anfaßt. Neue Maschinen hat er bestellt, die kommen aus England; und ein Techniker oder Ingenieur, oder was er für ein neumodischer Satanskerl ist, hat er ebensfalls festgemacht, der die neue Fabrikation aus dem Grunde versteht; der wird bald ankommen. Es wird Geld verdient werden, Georg, und Geld ist die Hauptsache! Verdient man Geld, kann man auch was draufgehen lassen. Eine junge Frau will Vergnügen haben, und ein Mensch ist ein Mensch, er ist dazu da, vergnügt zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

## Bekanntmachung.

In der Zeit vom 7. bis 15. Mai sollen an jede bis zum 1. Mai zur Kundenliste angemeldete Person zur Ausgabe gelangen:

- 250 Gramm Gerstengraupen, und zwar auf die Abchnitte G VIII und G IX je 125 Gramm zum Preise von 30 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund).
- 250 Gramm Dörzgemüse (Stedrüben) auf den weißen Sonderchein II des Lebensmittelbuches, zum Preise von 1,50 Mk. für 1/2 kg (1 Pfund).
- 125 Gramm Südfruchtarmelade auf den blauen Sonderchein XVI des Lebensmittelbuches zum Preise von 92 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund).

In den Warenabgabellen des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend wird an Stelle von Südfruchtarmelade Kriegsmas zum Preise von 55 Pfg. für 1/2 kg (1 Pfund) abgegeben werden.

Die Waren sind bei denjenigen Kleinhändlern zu entnehmen, bei welchem die Anmeldung zur Kundenliste für Kolonialwaren erfolgt ist.

Die gesammelten Abchnitte für diese Verteilungen (Graupen Nr. 39), (Dörzgemüse Nr. 42), (Südfruchtarmelade Nr. 43) sind in gewohnter Weise durch die Verkäufer bis zum 20. Mai abzugeben.

Lübeck, den 3. Mai 1917.

607 Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

## Bekanntmachung

betreffend die Abfertigung von Bezugshelmen für Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren.

Am Sonntag, dem 6. Mai 1917, ist die Abfertigungsstelle von Bezugshelmen für Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren nachmittags von 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Lübeck, den 2. Mai 1917.

Das Polizeiamt.

Im 24. April starb den Heldenod fürs Vaterland unter lieber einziger Sohn, Bruder und Bräutigam:

**Paul Tiedemann**

im 21. Lebensjahre.

In tiefer Trauer und un-

lagbarem Schmerz

Heinr. Tiedemann und

Frau geb. Moldt.

Grete Tiedemann.

Frida Eichner.

615

Für bewiesene herzliche Teilnahme beim Ableben meines lieben Mannes, unseres guten Vaters

**Carl Jahn**

danke wir allen herzlich, besonders dem Vorstand der Genossenschaft - Bäcker, sowie seinen Mitarbeitern und Kollegen vom Bäcker-Verein.

**Auguste Jahn**

geb. Habelstein und Kinder.

## Fahrradführer

zum 15. Mai gesucht.

**Kurhaus Travemünde.**

F. Brüggemann.

Verlässliche Vorstellung erwünscht.

608

Korb-Rindewagen zu fr. uel. Ang. u. G B II an die Exp. (611)

Verloren von einem Kinde ein 5-Mark-Schein von Ologmitz bis Segebergstr. Bitte abzugeben.

601 Segebergstr. 7, vt.

## U-Boot-Spende.

am 16.8. Straßensammlung

5. und 6. Mai 1917.

# Geschmackvoll garnierte Damen-Hüte

zu meinen bekannt billigen Preisen in größter Auswahl.

Riefenlager in Kinderhüten garniert und ungaryert erstaunlich billig.

# D. Wagner

Holstenstraße 8.

Holstenstraße 8.

605

Bitte beachten!! Bei eingereichten Briefen (Polizeischemen auf Milchlieferung) wolle man sich in jedem Falle von der Verkäuferin der Verkaufsstelle, von welcher man Milch bezieht, folgenden Vermerk auf die Rückseite des Attestes lesen lassen: „Eingetragen unter Nr. (St. Ausweisnummer) ... der Kundenliste“ (Unterschrift der Verkäuferin mit Angabe der Verkaufsstelle). Fehlt obiger Vermerk auf dem Schein, ist Lieferung nicht auszuführen.

## Magermilchverteilung am 5. Mai

(mit Vorbehalt der Verkaufsfähigkeit)

In den meisten Läden ist auch ein Teil Buttermilch; diese wird auf Wunsch an Stelle der Magermilch abgegeben, soweit der Vorrat reicht.

Ausgabe der Magermilch (Buttermilch) an alle Nummern von 1 bis 100 und Nr. 301 und höhere Nummern.

## Quartverteilung.

Quart (Weichkäse) zum **Holstenorviertels**, Auftrieb in allen Läden des Umgegend, soweit der Vorrat reicht. Abgabe an alle magermilchberechtigten Haushaltungen lt. Ausweisnummer I Schule.

Hansa-Meierei G. m. b. H., Lübeck.

614

**Drucksachen aller Art**  
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

## U-Boot-Spende.

### Wohltätigkeitsabend

am Sonntag, dem 6. Mai 1917 in der **Stadthalle.**

#### Prolog.

Verfaßt von Herrn Professor Dr. Schulze.

#### Tanzaufführungen:

Boccherini — Menuet — Holzschuh Tanz — Flageolettanz, großer patriotischer Festanz, getanzt von 16 Damen.

#### Theateraufführungen:

„Der Hamster“, Lustspiel in einem Aufzuge von Fritz Ewald.

„Am Webstuhl der Zeit“, Vaterländisches Festspiel aus den großen Tagen der Gegenwart von Fritz Ewald.

#### Militärkonzert.

Während der Pausen:

**Glückstopf, Verlosung eines Ferkels.**

Eintrittsgeld: 50 H., 1.- M., 1,50 M.

Vorverkaufsstellen: H. Dreifalt, Breite Straße 28/30, Friedr. Nagel, Markt 14, Mari. Tews, Adollstr. 7.

Lose à 1 M sind zu haben bei J. Kerz, Königstraße 61/63, sowie an der Abendkasse.

Saalöffnung 7 Uhr. Beginn 7 1/2 Uhr.

Der Ausschuss.

604

Sonnabend ohne Marken:  
**Fettes Ziegenfleisch.**  
29 Markthalle 29. 612

**J. H. Pein**

Am Markt 12.

Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für **erstklassige**

:: Manufakturwaren ::

Spezialhaus für Betten

Bettfedern u. Daunen

Herren- und Knaben-

Garderob. Arbeiter-

und Berufs-Kleidung.

## Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der  
Buchdruckerei „**Ed. Volksbote**“  
Johannisstraße 46.

## Sozialistische Dokumente des Weltkrieges.

Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkrieg, mit kurzen geschichtlichen und weltpolitischen Einleitungen.

1. Heft: Politik und Krieg — Grundzüge der englischen Politik.

Von M. Beer.

Preis 10 Pfg.

**Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 46.

**Kaninchenzucht-Verein**  
für Lübeck u. Umgegend von 1895.

## Versammlung

am Sonnabend, dem 5. Mai 1917 abends 8 Uhr

in der „**Hansa-Halle**“

Fackenburg Allee 100-104.

Tagesordnung:

1. Ausstellungsangelegenheit.

2. Futterfrage.

Der Vorstand.

## Militär-Vortrags-Gesellschaft

Vereinigung deutscher Offiziere und Gelehrter für vaterländische Bildungsarbeit.

Sonnabend, den 5. Mai abends 8 Uhr,

Sonntag, den 6. Mai, nachm. 4 u. abds. 8 Uhr

sowie folgende Tage (gewöhnliche Preise)

im **HANSA-THEATER, Lübeck.**

## Vaterländ. Festaufführung

## Ostpreußen und

## sein Hindenburg

Musik vom Königlichen Musikdirektor Prof. Hummel.

Zum Besten der unter dem Schutze Seiner Majestät des Kaisers und unter dem Ehrenpräsidium des Herrn Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, sowie des Herrn General-Feldmarschalls v. Hindenburg stehenden Reichsverbandes der Ostpreußenhilfe.

Die für den Reklame-Aushang ausgegebenen gelben Karten haben nur Montag, den 7., und Freitag, den 11. Mai, Gültigkeit.

Vorverkauf b. Sager, Kohlmarkt.

## Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

vom Montag, dem 30. April bis zum Sonnabend, dem 5. Mai, liegen die

## neuen Kundenlisten für die Abgabe von Kartoffeln

in unseren Abgabestellen im Lübecker Staatsgebiet zur Eintragung aus.

Wir bitten alle Mitglieder, sich während dieser Zeit unter Vorlegung der neuen Kartoffelkarten bei uns eintragen zu lassen. Nur durch rechtzeitige und vollständige Anmeldung kann die volle Lieferung gewährleistet werden.

Der Vorstand.

## Die Sozialdemokratische Feldpost

ist als Maiestnummer erschienen. Preis 10 Pfg.

**Buchhandlung Fr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 46.

**Brauerei zur Walkmühle**  
**Hansa-Brauerei A.G.**  
Lübeck.  
Trinkt **Lübecker Vereins-Bräu**  
**Bayaria-Brauerei**  
Kampburg-Alten  
Niedertage Lübeck  
Lübeckstr. 68a Tel. Nr. 474

**Brauereien**  
Die Biere von **Schloßbrauerei Kiel**  
werden überall bevorzugt.  
**Fisch- und Wurstwaren**  
Oden- & Schweinefleisch  
**Julius Schober**  
Lübeck  
**Heinrich Kronsbein**  
Lübeck  
Dankeadresse an Herrn Kronsbein  
Lübeck

**Praktischer Wegweiser**  
Zur gef. Beachtung  
empfehlensw. Geschäfte  
Zur gef. Beachtung  
empfohlen

**Lebensmittel**  
**Heinrich Waller**  
Breitestr. 66  
Herrenwäsche  
Krawatten, Unterzeuge  
Hüte, Schirme etc.

**Lederhandlungen**  
**Carl Rohde** Hundestr. 64  
Schlesische, Bedarfsartikel  
Felt-Gerberei  
**Heinrich Schüller** Giesendorferstraße 7  
Schulter, Schilde, Lederwaren

**Schneidwaren**  
**August Scheere**  
Lübeck

**Schneidwaren**  
**Auguste Popp**  
Lübeck

**Cigarrenhandlungen**  
**Adolf Böhrich** Holetenstr. 2  
Ecke Schüsselbud.  
**Weine**  
**Wilhelm Rahft**  
Untertrave 113 Telefon 637  
vorteilhafte Bezugsquelle von  
diversen Weinen u. Spirituosen  
**Wurstfabrikation**  
**Fleischwaren-Fabrik**  
**Emil Aland**  
Guter Aufschnitt u. Würst.  
**Ratzeburger Aktien-Brauerei**

**Kenner bevorzugen**  
**das gute Lübecker Bürgerbräu**  
Aktienbrauerei Lübeck  
**Ente**  
**MewsMühle, Mühlenfabrikate**  
**Möller**  
**C. Ahrens, Bäckermeister.**  
**Schwartz**  
**L. Schaap**  
Manufakturwaren u. Konfektion  
Arbeitergarderoben  
- Nähmaschinen -

## Die schwedische Verfassungsfrage.

Von unserem schwedischen Mitarbeiter.

Seit mehr als zwanzig Jahren kämpften die schwedische Arbeiterklasse und die bürgerliche Demokratie, um das allgemeine Wahlrecht zu erringen. Durch die Verfassungsreform von 1907 wurde das allgemeine Wahlrecht für die Zweite Kammer durchgeführt, aber mit verschiedenen Einschränkungen, die von der Sozialdemokratie natürlich nicht gutgeheißen wurden. So müssen die Wähler zur Steuerpflicht herangezogen sein — und das sind alle, die auf dem Lande und in kleinen Städten über 450 Kronen und in den größeren Städten über 650 Kronen Einkommen haben. Staats- und Gemeindesteuern müssen schon gezahlt sein für die drei Jahre vor der Wahl; weiter darf der Wähler keine Armenunterstützung erhalten haben, die er nicht schon wieder zurückgezahlt hat; desgleichen muß er seiner Wehrpflicht nachgekommen sein, sofern er nicht davon befreit war. Die Wahlen erfolgen nach dem Proportionalwahlssystem. Es sind hauptsächlich die beiden ersten Bedingungen, die die Arbeiter am schwersten betreffen. Die Steuern, vor allem die der Gemeinden, sind ungemein hoch und bei jeder Wahl fallen Hunderttausende Wähler der Steuerklausein wegen aus. Trotzdem hat die schwedische Arbeiterklasse es dank ihrer politischen Tätigkeit soweit gebracht, daß sie bei den drei Wahlen unter der neuen Verfassung die größte politische Partei der Zweiten Kammer geworden ist. Sie zählt hier 87 Vertreter, während die Partei der Rechten 86 und die Liberalen ihrer nur 57 besitzen. Die Liberalen hatten vor 1914 über 100 Abgeordnete.

War das aber möglich für die Sozialdemokratie, sich in der Zweiten Kammer eine starke Machtposition zu verschaffen, so wurde dieses infolge der Verfassungsreform nicht möglich für die Erste Kammer. Diese wurde den Vertretern der großen Vermögen vorbehalten. So wird zunächst die Forderung gestellt, daß jedes Mitglied der Ersten Kammer 35 Jahre alt ist — in der Zweiten muß es 25 Jahre alt sein — dann soll es entweder ein Einkommen haben von 3000 Kronen oder ein auf mindestens 50 000 Kronen geschätztes Vermögen. Früher waren 4000 Kronen Einkommen und 80 000 Kronen Vermögen erforderlich. Die Wahlen sind mittelbar und werden in größeren Städten von den Stadtverordneten und in kleineren von den Kreisvertretern (Schweden ist in 24 Kreise eingeteilt) vollzogen. Die Wahlen zu den Kreistagen werden nach einer Scala vorgenommen, wonach man je nach dem steuerpflichtigen Einkommen 1—40 Stimmen abgeben kann. Es ist also für jeden mit 50 000 Kronen Einkommen möglich (das ist die Höchstgrenze dieser Scala) ebensowiel Einfluß auszuüben wie 40 Arbeiter mit der kleinsten Stimmenzahl. Nun haben ja wenige Arbeiter nur eine einzige Stimme, besonders in den Städten und in den Industrievierteln. Im allgemeinen dürfte die durchschnittliche Stimmenzahl 8 oder 9 sein. Dazu kommt aber, daß die Wahlen hier proportional sind, sowohl bei den Wahlen für die zur ersten Kammer wählenden Körperschaften, Stadtverordnete und Kreistage, wie auch in diesen zur Ersten Kammer. Das bedeutet, daß die Erste Kammer die Kammer der Reichen bildet. Und da bei der Änderung der Verfassung und bei allen Gesetzen in beiden Kammern gleichlautende Beschlüsse gefaßt werden müssen, so ergibt sich von selbst, daß diese Kammer als Bremser fungiert. Nur langsam kann hier eine Änderung in demokratischer Richtung eintreten. Gewiß ist die Erste Kammer durch die Reform von 1907 verändert worden. Früher hatte man bei 10 000 Kronen Einkommen 100 Stimmen in den Städten und nach einer anderen Gradierung auf dem Lande bis zu 500 Stimmen. Mit der Reform veränderte sich das Verhältnis in der Vertretung, der bis dahin ausschließlich aus Gutbesitzern, Kapitalisten und hohen Beamten zusammengesetzt war, so daß diese Kategorien jetzt nur 80 Vertreter unter 150 stellen. Die Liberalen haben 44 und die Sozialdemokraten 17 Mandate inne.

Die Sozialdemokratie hat nicht aufgehört, gegen diese Parodie auf das Wahlrecht zu protestieren und fast in jedem

Jahre hat sie im Reichstag Vorschläge gemacht, die auf eine Änderung abzielten. Die Liberalen dagegen haben sich von Anfang an damit abgefunden, wohl besonders deswegen, weil die liberale Regierung von 1906 die damals vorgelegte Wahlrechtsvorlage der Ersten Kammer unberücksichtigt ließ. Von beiden Parteien der Linken sind seitdem Wahlrechtsanträge im Reichstage eingebracht worden, auch in diesem Jahre. Die Sozialdemokraten forderten das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Liberalen das gleiche. Der Verfassungsausschuß des Reichstages hatte, da Stimmengleichheit vorhanden war, durch das Los der liberalen Vorlage zugestimmt. Die Rechten im Ausschuß verhielten sich reserviert. Der Führer der Rechten in der Ersten Kammer, Herr Trygger, schwieg, trotz aller scharfen Reden, mit der russischen Revolution und dem Osterfest des deutschen Kaisers im Hintergrund. In der Zweiten Kammer wurde eine noch schärfere Sprache geführt von den Leuten der Linken, Branting und Prof. Eden. In beiden Kammern wurden auch andere Mittel als das bloße Reden zur Durchführung der Verfassungsreform angedeutet. Alles war aber für diesmal vergebens. Soviel aber hat die Debatte gezeigt, daß die schwedische Verfassungsfrage jetzt wieder ernstlich aktuell geworden ist und daß sie die Hauptfrage sein wird bei der diesjährigen Wahlbewegung zur Zweiten Kammer. Daß dabei die russische Revolution und die deutsche Demokratisierung mitgewirkt haben, unterliegt keinem Zweifel. Das schwedische Volk will nicht allein stehen mit einem Wahlrecht, bei dem Geld größere Bedeutung hat wie die Menschen.

## Deutscher Reichstag.

99. Sitzung.  
Donnerstag, 3. Mai, nachmittags 1 Uhr.  
Am Bundesratsstisch: Kracke.  
Zunächst wird der Gesekentwurf betr. den Gebührenlarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal in erster und zweiter Lesung debattiert. Hierauf wird die zweite Beratung des

Postetats  
fortgesetzt beim Titel „Staatssekretär“.  
Lauhadell (Soz.): Die lange Dauer des Krieges hat auch der Post- und Telegraphenverwaltung große Schwierigkeiten gebracht. In der letzten Zeit scheint es der Verwaltung nicht immer gelungen zu sein, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Klagen und Beschwerden des Publikums haben sich immer mehr gehäuft. Die Maßnahme der Einschreibepakete ist mit technischen Schwierigkeiten begründet worden. Diese können aber nicht so weit gehen, um eine so einschneidende Maßregel zu rechtfertigen. Das Publikum fühlt sich dadurch um so mehr beunruhigt, als in der letzten Zeit viele Pakete verloren gegangen sind. Unreife Elemente, durch deren Verhalten das Vertrauen zur Post untergraben wird, müssen rücksichtslos ausgeremert werden; man darf aber auch nicht übersehen, daß nicht etwa solche Vorkommnisse durch ungenügende Bezahlung verursacht sind. (Bezh. Sehr richtig! bei den Soz.) Die Vorkommnisse sind um 2 Proz. zurückgegangen, das ist wohl auf die Erhöhung der Postgebühren zurückzuführen. Herr von Camp meint in der Kommission, das Publikum habe die Verteuerung des Postes gelassen hingenommen und bei neuen Steuern solle man wieder auf die Postgebühren zurückgreifen. Herr von Camp läßt sich, die Zustimmung des Publikums ist außerordentlich groß (Sehr wahr! bei den Soz.), um so mehr, als die Postfreiheit der Landesfürsten noch immer besteht. Die Angelegenheit ist den Bundesratsausschüssen 6 und 7 überwiesen worden. Soll das etwa heißen, daß sie auf 6 bis 7 Jahre vertagt ist? Die Landesfürsten sollten doch freiwillig auf das Privileg der Postfreiheit verzichten. (Sehr wahr! bei den Soz.) — Die halbe Preissenkung führt bei den Schaltern zu unheimlichen Auseinandersetzungen. Am so notwendigen ist die Ausprägung von 2-Mk.-Stücken. — Dem Gesekentwurf des Hauptauslasses, wonach Telegrammgebühren auf eine durch fünfteilbare Zahl nach oben oder unten abzurunden sind, wird meine Fraktion zustimmen. Die Posttelegraphen sind im vorigen Jahre von der Erhöhung befreit worden. Warum geschieht das nicht auch bei den Posttelegraphen nach Oesterreich-Ungarn? Bei einigermaßen gutem Willen müßte doch für die Presse der beiden Länder eine gleichmäßige Behandlung möglich sein. Die Mißverständlichkeit der Telegramme nach Oesterreich-Ungarn ist um so wichtiger, als

der Telephonverkehr gesperrt ist. Unter den Erschwerungen des Postverkehrs leidet vor allem die Provinzpresse. Die Beförderung eines Telegramms nimmt heute zuweilen mehr Zeit in Anspruch als die Fahrt mit dem Personenzug. Ist an solcher Verspätung der Telegramme die Postbehörde schuld oder ist sie etwa auf die Zensur zurückzuführen. Die Postbehörde sollte mit Nachdruck bei den Militärbehörden darauf dringen, daß die Erschwerungen des Verkehrs beseitigt werden.

Sehr richtig sind die Befolgungsfragen. Bleibt es bei dem vorgelegten Etat, so werden viele Wünsche der Beamten nicht berücksichtigt. Aus Chap-Verträgen sind im vorigen Jahre viele einheimische Beamte plötzlich nach dem Innern Deutschlands versetzt worden. Sollte das aus politischen Gründen geschehen sein, so müßten wir das aufs schärfste verurteilen. Ein solche Maßregel kann bei den Beamten nur die größte Erbitterung erregen. (Bezh. Sehr richtig! bei den Soz.) Die Leistungen der zahlreichen Frauen und Mädchen bei der Post werden im allgemeinen gelobt, die Bezahlung aber steht in gar keinem Verhältnis zu der Leistung. So erhält eine Telephonistin, die nach fünfjähriger Dienstzeit die Schichtarbeit eines Mannes übernimmt — eine verantwortungsvolle Tätigkeit, da die Tageseinnahme sich auf 5000 bis 8000 Mark beläuft — nur ein Tagelohn von 2,90 Mk. (Bezh. Hört, hört!) nebst dem geringen Monatslohn von 5 Mk. monatlich. Und das schandbarste ist, daß sie auf jede Weiterbildung verzichten muß. Mit einer derartig schandvollen Ausnutzung der Arbeitskraft sollte in einem Reichsbetriebe schärfste Sühne gemacht werden. (Bezh. Sehr richtig! bei den Soz.) Bei den Teuerungszulagen darf nicht verfahren werden wie in Hamburg, wo man den Heizern 40 Proz. täglich abgezogen hat, das macht monatlich 12 Mk., und dann hat man diese 12 Mk. als Teuerungszulage bewilligt. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei der Einstellung von Kriegsverletzten sollten die Reichsbetriebe den Privatbetrieben mit gutem Beispiel vorangehen. Einem Kriegsverletzten ist aber von der Postbehörde mitgeteilt worden, daß er auf Grund einer Verfügung im Botendienst nicht eingestellt werden darf. Ich bitte den Staatssekretär um Auskunft, ob eine solche Verfügung mit seinem Wissen und Willen besteht. Jedenfalls sollte eine solche Verfügung so schnell als möglich aufgehoben werden. Bei den Tagelohnern der Hilfskräfte sollte man lediglich fragen, ob die Hilfskräfte bei der Bezahlung imlande sind, eine menschenwürdige Existenz zu führen, und ob die Bezahlung für diese Bezahlung dauernd gute Hilfskräfte erhalten kann. Bei den gegenwärtigen Löhnen ist beides nicht möglich. Ein großer Mißstand ist es, daß die Ausschüsse für Leberstunden keine besondere Bezahlung erhalten. Der Frage der Entlohnung der Hilfskräfte muß die größte Beachtung geschenkt werden, denn von ihr hängt es ab, daß wir wieder zu geordneten Verhältnissen im Postbetriebe kommen. (Beifall bei den Soz.)

Naatz (Zentr.): Die Feldpost und insbesondere die Post- und Telegraphenbeamten in der Heimat verdienen unsere Anerkennung. Das ungeschulte Personal, das die Verwaltung jetzt beschickigen muß, bedingt natürlich gewisse Mängel. Bei der Mehrarbeit, die die Beamten zu leisten haben, soll man ihnen berechtigten Wünschen um so mehr entgegenkommen. (Sehr richtig!) Die Erhöhung der Bezüge der Ausschüsse, namentlich derjenigen, die schon längere Zeit im Dienste sind, ist dringend geboten. Die Einschreibepakete sollten so bald wie möglich wieder zugelassen werden. Erträulich ist das Betreiben der Post, möglichst viel Kriegsschädigte zu beschäftigen. Leute, die auf den Bahnhöfen z. B. schwere Arbeit zu leisten haben, sollten auch die Brotkation der Schwerarbeiter erhalten.

Hübner (Volksp.): Dem Dank an die Beamtenhaft der Post schließen wir uns an. Etwa ein halbes Jahreslang hat die Post von ihren geschulten Beamten der Vaterlandverteidigung zur Verfügung gestellt. Die dadurch notwendig gewordene Einstellung ungeschulter Personalas erklärt die Unzulänglichkeit und Unschärfe des Postverkehrs in dieser schweren Zeit. Ein wie großer Unterschied zwischen der Auffassung der geschulten und der ungeschulten der Ersatzkräfte besteht, beweist z. B. das Vorkommnis, daß 20 weibliche Postillon eines Morgens sich weigerten, ihren Dienst anzutreten, weil es ihnen zu kalt sei. Dort unbedingte Hingabe an die Pflicht, hier Vorantstellung des persönlichen Wohlbefindens! Zur Beschleunigung der Briefbestellung sollte endlich die Anbringung von Briefkästen unten am Haus allgemeiner Brauch werden. Die Kriegsbefehligen, die den Beamten gewährt worden sind, sind zum Teil zu niedrig, zum Teil zu spät gekommen und waren nicht geeignet, den wirtschaftlichen Krebsgang der Beamten im Kriege auszuhalten. Die neue Erhöhung der Beihilfen wird die Stimmung unter den Beamten hoffentlich verbessern. Erträulich ist, daß nach zweijähriger Pause wieder eine ganze Anzahl neuer etatsmäßiger Stellen geschaffen werden. Die Anstellungsverhältnisse der Beamten sind allerdings trotzdem noch alles andere als befriedigend. Schon im Interesse der Bevölkerungspolitik sollte man mehr tun, um ein früheres Heiraten der

## Wer trägt die Schuld?

Erzählung von Theodor Mügge.

4. Fortsetzung.

Wahrscheinlich war es aber nur eine Verschwendung, die Edward sich vorwerfen hatte. Nach üblicher Sitte war für die Ausstattung eine Summe bestimmt worden, für welche dieselbe befristet werden sollte. Es fand sich jedoch bald, daß diese nicht reichen würde, aber ebensowohl stellte sich heraus, daß die Frau keine Lust hatte, ihren Geldbeutel aufzutun.

Nachdem die Heberschläge gemacht und was zu bezahlen war, bezahlte man, fand sich, daß das Geld für einen Gegenstand fehlte, den Anna durchaus notwendig erklärte. Es fehlte ein Klavier. Anna spielte und sang, aber ihre Mutter spielte ebenfalls, sie war früher Mitglied der Akademie gewesen. Das vorhandene Instrument ihrer Tochter mitzugeben, sahien die Frau Bürgermeisterin durchaus nicht willens, auch hatte Anna keine allzugroße Sehnsucht danach, denn vorzüglich war es nicht, und längst stand es fest, daß Anna bei ihrer Verheiratung ein neues Instrument haben würde.

Jetzt war die Verheiratung da, aber das Instrument fehlte. Die Frau Bürgermeisterin wußte sich zu helfen.

Da Sie ein galanter Bräutigam sind, sagte sie zu Edward, müssen Sie Annas größten Wunsch erfüllen. Sie müssen ein Instrument kaufen und sie damit überraschen. Sie haben die Freude und das Vergnügen davon, denn Sie werden Anna spielen und singen hören, obenein machen Sie sie glücklich damit, denn sie liebt die Musik leidenschaftlich.

Dagegen hegte der Bräutigam einigen Zweifel, da Anna selten spielte, auch keine besondere Kunstfertigkeit besaß, allein, was wollte er machen? Er erklärte sich bereit dazu, galant zu sein, und die Frau Bürgermeisterin übernahm es, ein gutes Instrument auszusuchen, wofür er um so dankbarer war, als er nichts davon verstand.

Und jetzt, als Edward Lichtfeld seine junge Frau in das blaugeschmückte Wohnzimmer führte, stand der prächtige, große Spiegel in der Mitte deselben. Während der Trauung in der Kirche wurde er hierhergebracht und aufgestellt. Anna lief dazu zu, betrachtete ihn mit stolzen trohen Blicken, und wandte sich dann lebhaft zu ihrem Mann, dem sie die Hände entgegenstreckte.

Du hast mich auf die angenehmste Weise überrascht! rief sie aus. So läßt es sich gewinnen. Das ist herrlich, das ist prächtig! Es ist ein köstliches Instrument, deren gibt es nicht viele. Heber ihrer Freude vergaß Edward einen stöhnenden Nebengerichten, der ihm beim Anblick des Flügels eingefallen war. Er

dachte nicht mehr an dessen Preis, mit Leidenschaft preßte er die schöne Gelechte an sich, um den süßesten Lohn von ihren Lippen zu holen; dabei vergaß er alle Rücksicht auf den köstlichen Duft des Brautkleides, und nun wollte es ein Unstern, daß, als sie eine Bewegung machte, um sich diesem Angefüm zu entziehen, seine Finger in den breiten Kantenselbst griffen und diesen zerrißen. Voller Unwillen stieß sie ihn zurück, und sah ihn so böse an, daß er dasar erschrak. Das ist unverschämlich! rief sie ihm zu, und diese drei Worte vermehrten den peinlichen Eindruck, mit dem er kämpfte. Er versuchte eine Entschuldigung, aber diese kam abgebrochen und unvollständig heraus, und er konnte das unmutige Gefühl nicht gesehlt überwinden, auch als er sah, daß sie ihn verzeihen wollte. Der schone Besatz wird gar nicht mehr zu gebrauchen sein, sagte sie, den Schaden betrachtend; wie ist es denn nur möglich gewesen!

Er antwortete nicht darauf. Die Wagen mit den Hochzeitsgästen hielten schon vor dem Haus und eben kam Onkel Tobias mit den beiden Müttern an beiden Armen lustig schreiend zur Tür herein. Jetzt kann der Tanz losgehen, Kinder, sagte er, indem er einen zierlichen Sprung machte, die Musikanten sind schon da.

Anna lachte fröhlich auf, drückte ihrem Manne die Hand und nickte ihm zu. Jede Spur von Verdruß war aus ihrem Gesicht verschwunden. Kein Mißton soll unter Glück tören! sagte sie, indem sie ihm ihre Lippen bot. Wie hätte er dieser Verführung widerstehen können!

3. Kapitel.

Die nächsten Wochen waren lauter Festtage, jeder brachte vergnügliche Zeremonien. Viele Besuche kamen und mußten erwidert werden, Einladungen erfolgten und die Abende wurden meist außer dem Hause in befreundeten Kreisen oder im Theater verbracht. Die junge Frau hatte genug zu tun, um ihren Freundinnen ihre Wohnung und deren Söhne, die vielen Hochzeitsgeschenke und alle übrigen Herrlichkeiten zu zeigen. Sie besaß in der Tat vielerlei Prächtiges und Ueberflüssiges, es war an allem zu sehen, daß sie, wie man zu sagen pflegt, eine gute Partie gemacht hatte, und mit Selbstzufriedenheit beobachtete sie den Eindruck, den diese Ueberzeugung hervorbrachte. Sie wurde ebensowohl beneidet, wie ihr Mann; es war manches doch gar zu hübsch und angenehm, um nicht die Sehnsucht mancher jungen Dame danach zu erwecken. Eben durch den Aufwands, der gemacht war, wurden die Besprechungen von der Wohlhabenheit der Familie Lichtfeld bedeutend vergrößert. Viel trug dazu auch der prächtige Konzertflügel bei, auf den Anna besonders stolz war, und der viel zu sprechen gab. Er kamente aus der berühmtesten Fabrik und kostete eine bedeutende Summe, die Edward, was man freilich nicht wußte, mit geheimen Spargeln bezahlt hatte. Der Preis blieb unter den

Freundinnen nicht verschwiegen und wurde sogar noch vergrößert. Manche bedächigen Leute, die zu den reichsten gehörten, schüttelten den Kopf dazu, auch zeigte es nicht an boshaften Bemerkungen, allein, sie wurden in der Stille gemacht, und die zunächst sich eine Bemerkung erlauben konnten, taten es nicht, um kein Vergernis herbeizuführen. Der einzige, der sein Vergnügen über manches, was er sah, äußerte, war der Prediger, aber er schüttelte sich nur gegen den Onkel Tobias aus, der ihm so wenig wie möglich beistimmte.

Was sind das für törichte Verschwendungen, jagte er, doch Edward ist immer eitel und leichtsinnig gewesen. Das ist das Verderben der jetzigen Zeit, daß sie die Einfachheit und Stille des Lebens verachtet. Jeder höher hinaus will, als es für ihn schicklich ist, und in jittlerjastem Land und Brant seinem eifigen Trachten nachläßt, statt in Ehrbarkeit und Gottesfurcht seiner Familie und seiner Arbeit zu leben.

Daß ihn laufen, Georg, fiel der Onkel Tobias ein, laß ihn laufen! Es ist ein Weibchen, er hat die Welt kennen gelernt. Nun hat er die junge, hübsche Frau, die muß er doch zeigen, und sie sieht es natürlich gern, wenn die Leute sich über den Glanz wundern, und über die hübschen Sachen die Hände zusammenschlagen.

Wenn Frauen in ihrer Schwäche dem Andringen des bösen Feindes, das heißt böser Reigungen unterliegen, so tragen diejenigen die Schuld, die ihre Mächter und Schützer sein sollen, erwiderte der Prediger. Ich fürchte, Onkel Tobias, hier wird bald das Gegenteil eintreten: hier wird die Frau den Mann ermahnen müssen, von bösen Reigungen, von Vergnügungs- und Verschwendungslust abzulassen, und ich fürchte — er schwieg und blinnte ernsthaft vor sich hin.

Wie die Engel leben sie zusammen! sagte Onkel Tobias, indem er auf die überne Dose schlug. Ein Herz und eine Seele vom Morgen bis zum Abend. Was ist denn auch an ein paar hundert Talern gelegen, die er mehr ausgegeben hat. Laß ihn laufen, Georg, er wird keine Sache schon machen. Lustig ist er und liebt die Welt, aber ein former Geschäftsmann ist er auch. Es ardet ihm so leicht feiner nach, wenn er an dem Puff ist. Ihr werdet schon sehen, wie er seine Sachen anfaßt. Neue Maschinen hat er bestellt, die kommen aus England; und ein Techniker oder Ingenieur, oder was er für ein neuwöndiger Satansker ist, hat er ebensowil festgemacht, der die neue Fabrikation aus dem Grunde versteht; der wird bald ankommen. Es wird Geld verdient werden, Georg, und Geld ist die Hauptsache! Verdient man Geld, kann man auch was draufgeben lassen. Eine junge Frau will Vergnügen haben, und ein Mensch ist ein Mensch, er ist dazu da, vergnügt zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

Beamtinnen zu ermöglichen. Statt dessen wären die Postverwaltungen in Hamburg sogar ausbrüchlich z. B. die Postboten vor der erzwungenen Heirat. (Hört, hört!) Die Postverwaltung sollte überhaupt der Stimmung der Beamtinnen entgegenkommen und dem Beispiel der preussischen Eisenbahnverwaltung folgen, die es sehr gut versteht, nach dem Grundsatze zu handeln: Es gibt eine große Reihe von Wünschen der Beamtinnen, deren Erfüllung nichts kostet, aber den Interessen der Beamtinnen doch sehr entgegenkommen würde. (Sehr richtig!)

**Lehmring (Konj.):** Warnt vor einer zu weitgehenden Anstellung von Frauen im Postdienst und spricht insbesondere für Vorsehung der Landbriefträger sowie für vermehrte Erhaltung der Postämter. Die vom Reichstag als berechtigt anerkannten Wünsche der Beamtinnen auf Verbesserung ihrer Besoldungsverhältnisse sollten spätestens im nächsten Etat endlich erfüllt werden.

**Meyer-Herford (Nat.):** Ungünstige Bemerkungen in den Personalakten der Beamtinnen sollten nach einer gewissen Zeit gelöscht werden. Das Krankenloos der weiblichen Postbeamtinnen ist viel zu gering. Eine besonders empfundene Härte ist auch, daß die fest angestellten weiblichen Beamtinnen nicht unfähig angestellt sind; in diesem Punkte sollte man sie den männlichen Beamten gleichstellen. — Die Antikostenvergütung sollte nicht an den spezifizierten Nachweis der Ausgaben geknüpft werden, der oft garnicht möglich ist. — Für Bücher in Blindenschrift sollte man Postfreiheit gewähren, schon mit Rücksicht auf die vielen, die im Kampfe für das Vaterland ihr Augenlicht verloren haben.

**Staatssekretär Kraetke:** Bei den Klagen über mangelhafte Beförderung der Postkassen darf man nicht vergessen, daß der Post nicht mehr entfernt hundert Bahnzüge zur Verfügung stehen, wie früher. — Die Aufhebung der Einschreibepflicht ist lediglich erfolgt, weil wir sie tatsächlich bei den gegenwärtigen Personal- und Raumverhältnissen von den anderen Paketen nicht unterscheiden können; einer Einschreibepflicht haben wir uns dadurch nicht entschließen wollen, wir haben ja auch Verschwendungen nach wie vor zugelassen. Das Verschwinden von Paketen ist nicht so umfangreich, wie man vielfach klagt. Auf je 1000 ist eins verloren gegangen; einschließende Verwahrung lege ich dagegen ein, daß das Verschwinden von Paketen irgendwie mit der Bezahlung der Hilfskräfte zusammenhängt, wir bezahlen die Hilfskräfte durchaus angemessen. — Die angeregte Ermäßigung der Gebühr für Prelegramme nach Oesterreich-Italien ist im Gange; die Angelegenheit wird schon in den nächsten Tagen erledigt sein.

**Kuhn (Dt. Fr.)** befragt Postfragen.  
**Zubeil (Soz. Arb.):** Die Mißstände im Postverkehr haben ihren Grund in der zu schlechten Bezahlung der Auswärtigen und Auslieferanten. Die Maßnahme der Nichtbeförderung von Paketen war ein Mißgriff. Die Postverwaltung hat nach dem Postgesetz gar kein Recht zu einer solchen Maßnahme. Die Anzahl der verschwindenden Pakete ist keineswegs gering. Auf einen großen Postamt allein sind 150 Pakete verschwinden, zu denen die Abhängigkeit vorhanden sind. Wir geben die Schuld daran weniger den Späheren, als der elenden Bezahlung, durch die sie zu Unrechtfertigkeiten verführt werden. Nicht nur die Bezahlung der Hilfskräfte ist ungenügend, auch die Regelung der Beamtnergehälter bedarf einer durchgreifenden Neuordnung. Empörend ist, daß man Kriegsertrauen, die Kriegsträgerdienste tun, die Teuerungszulage entgegen hat. (Hört, hört!) Eine solche Frau, die drei Kinder hat, muß mit 2 Mk. monatlich, mit 20,50 Mk. wöchentlich auskommen. Vielleicht erkrankt der Staatssekretär, wie sie das machen soll. So behandelt man Frauen, deren Männer im Felde stehen und jeden Tag ihr Leben in die Schanze schlagen! (Hört, hört! b. d. Soz. Arb.) Bei diesen Verhältnissen darf man sich nicht wundern, daß die Frauen jeden anderen Verdienst vorziehen und den Postdienst sehr schnell verlassen, jedoch das Hilfspersonal sehr schnell wechselt. Dieleichen Krebschaden kann die Postverwaltung nur durch ausreichende Löhne abheben, nicht durch eine Aufbesserung von 20 Pfg., die fest, wie ich höre, vorgenommen sein soll. Bei der elenden Bezahlungswaise ist naturgemäß der Krankenstand bei der Postverwaltung sehr groß. 70 Millionen geben wir im Reich für verlorene Arbeitskraft aus, da müssen wir auch die Mittel haben, um die Beamtinnen, Hilfsbeamtinnen und Auswärtigen in den Reichsbetrieben ausreichend zu bezahlen. (Sehr richtig! b. d. Soz. Arb.) Somit muß alle Arbeitslosigkeit zum Teufel gehen. — Bei der Bekämpfung von Postbeamten können auch an manchen Orten z. B. Köln, maßvolle Grundstücke zu herrlichen, jungen, kräftigen Postbeamten werden rekultiviert, während ältere, verheiratete Leute Mühsal und Mühen zu müssen. Ich bitte den Staatssekretär, diesen Verhältnissen keine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Besonders trage Rücksicht auf den Hauptpostamt in Schöneberg. Die Behandlung der unteren Beamtinnen und Hilfsbeamtinnen wie Auswärtiger ist dort eine ganz unerhörte Brutalität. Wenn die Hilfsbeamtinnen sich beschweren, so werden sie bestraft. (Reht, hört, hört! b. d. Soz. Arb.) Wäge der Staatssekretär für Besserung im Postdienst Sorge. (Starr! b. d. Soz. Arb.)

**Staatssekretär Kraetke:** Der Postbesitzer möchte Klagen gegen bestimmte Beamtinnen nicht anstellen, sonst können wir die Sache nicht unterhalten. Er hat schon öfter solche Angriffe erhalten, die sich bei näherer Untersuchung als ganz unbegründet herausgestellt haben. Die Teuerungszulagen sind bei der Postverwaltung nach denselben Grundregeln geregelt wie bei den übrigen Reichsbetrieben.

**Dr. Quare (Soz.):** Die Bezahlung der Schalterbeamtinnen ist zu gering, daß sie unmöglich damit auskommen können. Kriegsertrauen hat man die Kinderzulage entzogen mit der Begründung, sie hätten ja ihre Männer. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Staatssekretär sagt, die Postverwaltung bezahle die Hilfskräfte nicht höher als die anderen Reichsbetriebe. Aber sie werden nicht entfernt so bezahlt, wie es die heutige Lebensmittelpreise erfordern. Zahlreiche Gerichtsverurteilungen haben ausgesprochen, daß die elende Bezahlung die Angehörigen zum Verbrechen an Verheirateten verführt haben. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir müssen Stellung nehmen gegen die ganz unzulässigen Grundregeln in der Postverwaltung. Das Wort freie Bahn dem Lügner! muß auch in der Postverwaltung zur Geltung kommen. König ist ein für eine Stelle, die für sozialistische Durchbildung der Beamtinnen ist. Heute herrscht bei der Postverwaltung der reinste Schwindel. Mühsal und Mühen. Die Schweiz, Schandpapiere, sogar Italien können für die Anstellungsbürokratie eine dreifachmalige Bezahlung mit dem Schandenerde dagegen. Unserer Reichspostverwaltung ist all das unbekannt. Bei der zahlreichen Beschäftigung der Frauen müßten die Frauen auch eine Entzerrung im Beamtenstand haben. (Zustimm. b. d. Soz.) Auch zur politischen Behandlung Deutschlands nach der Postverwaltung sollte auf die Abhängigkeit des Postbesitzers die Verantwortlichkeit der Landesämter dringen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herrschon ist, daß der Staatssekretär nicht zu dem von meinem Kollegen Landadel angeführten Fall Stellung genommen hat, daß einem Kriegsertrauten Beschäftigung im Postdienst verweigert wurde, weil nach einer Verfügung in diesem Dienst nur Frauen beschäftigt werden. — Ein Mißgriff der Postverwaltung ist es, wenn der Großherzog von Oldenburg in Preußen von Telegrammen zur Erwerbung der Mitgliedschaft in dem von ihm geleiteten oberdeutschen Schlichtungsausschuß angefordert wird. Jeder andere würde solche Anrede natürlich vornehmlich vermeiden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Hoffentlich ist es das letzmal, daß wir über dieses Fröling hier sprechen müssen. — Dringend notwendig ist eine Ermäßigung der Prelegramme. — Es ist ein grundlegender Wandel der organisatorischen Einrichtungen der Postverwaltung nötig. Auch diese Vermutung hat ihren Grund in der heutigen Notwendigkeit, möge sie der neuen Verfassung nicht widersprechen. (Beifall b. d. Soz.)

**Stolowik (Woll.):** Die Postfreiheit der Landesämter vertritt ich nicht mehr mit der heutigen Zeit, in dieser Frage muß dem Empfinden des gesamten Volkes Rechnung getragen werden. (Zustimm. links.) Gegenüber ihrem Beamtenstande liegt die Postverwaltung die Initiative sozialistischer Vorgehens vorzunehmen. Deshalb kann der Staatssekretär nicht auf das Verlangen nach Erziehung seiner Beamtinnen haben. Das Verlangen muß er zurückweisen haben. (Beifall bei der Solow.)

**Staatssekretär Kraetke:** Die über die Abschaffung der Postfreiheit der Landesämter vom Reichstag gefasste Resolution ist vom Bundesrat noch nicht erledigt und ich kann daher nicht sagen, in welchem Sinne sie erledigt werden wird. Zu dem vom Abgeordneten Landadel vorgebrachten Fall habe ich lediglich vermerkt zu bemerken, daß von einer Verfügung, nach der Kriegsertraute im Postdienst nicht beschäftigt werden dürfen, mir nichts bekannt ist, und daß ich bezweifle, daß eine solche Verfügung erlassen ist. Dem Abgeordneten Stowick gegenüber muß ich betonen, daß ich ganz allgemein das Vertrauen der Beamtinnen nicht bestreite.

**Mumm (Deutsche Frakt.):** Wenn wir neues Land gewinnen, sollen auch die Postbeamtinnen Siedlungsland bekommen. Es muß mehr Bevölkerungspolitik von der Verwaltung betrieben werden. Die kleinen Postämter sollten uns auch für den Frieden erhalten bleiben.

**Damit schließt die Aussprache.**  
**Präsident Dr. Kaempf** teilt mit, daß eine Interpellation der konservativen Partei eingegangen ist ob der Reichskanzler bereit ist, seine Stellung zu dem Beschluß des sozialdemokratischen Parteiaussschusses bekanntzugeben, der einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigungen verlangt, einen Frieden, der zwar internationalen Grundregeln, aber nicht den Interessen des deutschen Volkes entspreche.

Weiter teilt der Präsident noch mit, daß seitens der sozialdemokratischen Partei folgende Interpellation eingegangen ist:  
**Mit dem Reichskanzler** bekannt, daß die provisorische Regierung Rußlands sowie die uns verbündete österreichisch-ungarische Regierung in gleicher Weise erklärt haben, zum Abschluß eines Friedens ohne Annexionen bereit zu sein? Was gebietet der Reichskanzler zu tun, um die Uebereinstimmung aller beteiligten Regierungen darüber herbeizuführen, daß der kommende Friede auf Grund gegenseitiger Einverständnisse ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigungen geschlossen werden kann?

Der Postetat wird genehmigt, der Gesetzentwurf über Abänderung der Telegrammgebühren wird in 1. und 3. Lesung angenommen.  
Beim Etat der Reichsdruckerei wendet sich **Kunert (Soz. Arb.)** dagegen, daß die dort beschäftigten Kriegsschädigten schlechter gestellt werden als die anderen Arbeiter. Was ist geschehen, um Remburs eintreten zu lassen?  
**Zubeil (Soz. Arb.):** Bei den Teuerungszulagen sollte man nicht zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern unterscheiden. Der Hunger tut in gleicher Weise weh. Bei der schlechten Bezahlung kann es nicht wunder nehmen, daß Kassenscheine unterschlagen werden.

**Ministerialdirektor Ullrichborn:** Dem Abg. Kunert bemerke ich, daß den Kriegsschädigten die Rente nicht abgezogen wird.  
Die Debatte schließt. Der Etat der Reichsdruckerei wird genehmigt.  
Beim Etat für den Reichstag führt **Dr. Pfleger (Zentr.)** Beschwerde, daß auswärtige Mitglieder des Ernährungsbeirates in Berlin zur Einkommensteuer herangezogen werden sind.  
Der Etat wird genehmigt.  
Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr pünktlich. (Kurse Anfragen, die vom Präsidenten mitgeteilten Interpellationen, Etat der Reichseisenbahnen und Militärstat.)  
Schluß 7 Uhr.

### Eine Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter des Zimmererverbandes

war zum 27. April nach Berlin einberufen, um zu dem Ergebnis der Verhandlungen über eine Teuerungszulage, die tags zuvor im Reichsamt des Innern begonnen hatten, Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen wurden jedoch erst am 27. April vormittags zum Abschluß gebracht; deshalb mußte der Bericht bis zur Nachmittagspause vertagt werden. Vormittags fand eine Besprechung statt über das Hilfsdienstgesetz und seine Wirkungen auf den Verband, sowie über die Handhabung des Gesetzes. Die Aussprache war eine sehr rege. Für Bayern wurde berichtet, daß die durch das Gesetz ausgeprochene Bindung an den Vertriebs als lästig empfunden werde, daß aber Klagen bisher nicht laut geworden seien. Ueber die Tätigkeit der Ausschüsse lasse sich ein überflüssiges Bild noch nicht geben, dazu behäbe das Gesetz noch zu kurze Zeit und seien keine Einrichtungen noch zu neu. Weniger günstig waren die Mitteilungen aus Ost- und Westpreußen. Dort wird den Unternehmern mit möglicher Rücksicht begegnet, den Arbeitern jedoch nicht. Aus Brandenburg sind Beschwerden nicht bekannt geworden. In Rheinland-Westfalen arbeiten die Ausschüsse sehr untergeordnet. Während in Düsseldorf den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter tadellos Rechnung getragen wird, macht der Schlichtungsausschuß in Essen bei einem beabsichtigten Wechsel der Arbeitsstellen unerbittliche Schwierigkeiten. Im Königreich Sachsen sind von ganz vereinzelten Fällen abgesehen, Beschwerden über die Praxis der Schlichtungsausschüsse nicht zur Kenntnis gelangt. Anders in Württemberg, wo sich die Arbeiter in ihren Erwartungen getäuscht sehen. Die Angelegenheiten der Ausschüsse sind nicht immer einwandfrei; teils haben sie es mit Sympathie erklärungen für die Arbeiter bewenden lassen. In Württemberg haben sich aus der Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse bisher Differenzen nicht ergeben. Von dort wurde angeregt, die Generalkommission der Gewerkschaften möge beim Kriegsammt dahin wirken, daß über alle Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse an eine Zentralstelle berichtet würde, um mögliche Einseitigkeiten in der Sprachspraxis zu erlangen. Für Polen konnten Schwierigkeiten durch die Handhabung des Gesetzes nicht festgestellt werden. Es sei indes, wie der Vertreter von dort mitteilte, vorgekommen, daß man reformierte Arbeiter infolge Mangels der Arbeitsstelle wieder eingezogen habe. Nicht sehr günstig lauten die Mitteilungen aus dem Gebiet des Mitteldeutschen Arbeiterverbandes für das Sauerland. Dieser Verband vertritt mit Erfolg den Standpunkt, daß Arbeitern, die unter den Tarifverträgen fallen, der Tarifvertrag überhaupt nicht erteilt wird, denn der Tarifvertrag ist in jedem Falle ein angemessener Lohn. In Thüringen sind Erfahrungen mit dem Hilfsdienstgesetz bisher kaum gemacht worden; die Ausschüsse haben eine nennenswerte Tätigkeit überhaupt noch nicht zu entfalten brauchen. In Oberösterreich liegt es ähnlich, wenigstens soweit die Zimmerer in Frage kommen. Für Schleswig-Holstein wurde berichtet, daß die Verbandsmitglieder bis jetzt nur selten die Schlichtungsausschüsse in Anspruch genommen hätten. In den für Kriegsbauten getroffenen Vereinbarungen sei auch das Schlichtungsverfahren bei Streitigkeiten geregelt.

In weiteren Verlauf der Aussprache wurde noch darauf verwiesen, daß Beschwerden über zurechnungsfähige Handhabung des Gesetzes an den Zentralverband eingereicht seien, der sie an die Generalkommission vermittele, zur Weitergabe an das Kriegsammt. Soweit dem Kriegsammt begründete Beschwerden zugegangen sind, hat es zur Abhilfe gegreift. Zusammenfassend wurde am Schluß der Aussprache festgestellt, daß die vorgetragenen Tatsachen zwar eine allgemeine Ueberzeugung nicht gewinnen lassen, daß sie aber beweisen können, wie unterschiedlich die Bestimmungen des Gesetzes gehandhabt wurden und wie wenig einheitlich die Sprachspraxis in den Schlichtungsausschüssen sei. Wichtige Vorgänge sollten daher auch in Zukunft festgehalten und begründete Beschwerden dem Zentralverband sofort zur Meldung gebracht werden, damit die erforderlichen Schritte angefaßt werden könnten. In der Nachmittagspause wurde von den Verhandlungen über die Teuerungszulage berichtet. Nach kurzem Rückblick auf das

Zustandkommen der Verhandlungen und Schilderung ihres Verlaufes wurde deren Ergebnis (das inzwischen bereits durch die Tagespresse bekannt geworden ist) zur Kenntnis genommen. In der Debatte trat eine geteilte Auffassung zutage. In einigen Gebieten, so in Rheinland-Westfalen und einem Teil Brandenburgs, würde es, so wurde ausgeführt, eine Verringerung kaum hervorgerufen, weil dort zum Teil schon höhere Löhne gezahlt würden. In anderen Teilen des Reiches hingegen werde das Ergebnis mit einiger Befriedigung aufgenommen werden. Schatz kritisierte wurde die in den Verhandlungen enthaltene Garantieklausel, in der eine starke Einengung der Arbeiterrechte erklart wurde. Nach längerer Debatte erteilte die Konferenz dem Ergebnis ihrer Zustimmung. Die Konferenz, in denen über die Verhandlungen berichtet werden soll, finden in der Zeit vom 6. bis 17. Mai statt.

Die Konferenz befaßte sich sodann noch kurz mit den jüngst an einzelnen Orten ausgebrochenen Streiks, deren Ursachen in der Lebensmittelpolitik zu suchen, die aber leider zu Propagandazwecken für politische Forderungen benutzt worden sind. Die Konferenzteilnehmer wurden ermahnt, falls verjagt werde, derartigen Streiks auch im Zimmererverband Eingang zu verschaffen, ihnen energisch entgegenzutreten. Solche Streiks dürften und könnten nur selten die Unterstützung des Verbandes finden. Auch der Parteistreit müsse Sache der Partei bleiben; er gehöre nicht in die Gewerkschaftsversammlungen. Gegenstand eingehender Erörterungen bildete noch die Arbeitsvermittlung. Weiter wurden die Gauleiter aufgefordert, die Namen von Mitgliedern, die in den Stappengebieten gearbeitet und bei ihrer Rückkehr in Nachridtenquartiere festgehalten worden sind, dem Zentralverband einzureichen, damit deren Ansprüche an der zuständigen Stelle verfolgt werden können. Am Schluß wurde das Verhalten früherer Verbandsmitglieder, die für Kriegsarbeit rekrutiert sind, und es nicht für notwendig erachteten, sich in der Organisation wieder anzumelden, besprochen. — Bei dieser Gelegenheit wurde auch zur Sprache gebracht, daß die Agitation im großen ganzen energischer betrieben werden müsse. Die Zahl der ermittelten Unorganisierten sei im Verhältnis zur Zahl der Organisierten recht groß, hier gelte es, einzusetzen.

### Aus Nah und Fern.

**Todessturz eines Feuerwehrmannes.** In der Mittwoch nacht wüteten in Groß-Berlin verschiedentlich Brände, die auch den Tod eines Feuerwehrmannes zur Folge hatten. Gegen 11 Uhr nachts wurden die Grünwaldler Freiwillige und die Wilmersdorfer Wehr nach der Margaretenstraße 5 im Grünwald gerufen, wo die zweistöckige Müllerische Villa in hellen Flammen stand. Die Wehren griffen mit 5 Leitungen ein und hatten nach etwa einstuündiger Arbeit die Gewalt des Feuers gebrochen, so daß mit den Abföhrungsarbeiten begonnen werden konnte. Hierbei kam es bedauerlicherweise zu einem tödlichen Unfall. Die Mannschaften der Wilmersdorfer Wehr waren in das Obergeschloß der Villa eingedrungen, als plötzlich die Verbindungsbede der beiden Stockwerke brach und die Wehrlente mit den Trümmern in das Untergeschloß stürzten. Sofort wurde an die Bergung der Verletzten gegangen. Während der größere Teil mit geringfügigen Verletzungen davonkam, fand man den 18jährigen Hilfsfeuerwehrmann Erich Großhauer mit einem Schädelbruch tot unter den Trümmern, ein zweiter, der Feuerwehrmann Rogwich, erlitt eine Bruch des linken Mittelfußknochens.

**Tod zweier Kinder infolge Gasvergiftung.** Ein beklagenswertes Unglück hat sich in der Reindendorfer Straße 96 in Berlin ereignet. Dort wohnt die Zeitungsauslegerin Steigerleiner. Als sie frühmorgens ausging, ließ sie ihre Kinder im Alter von 1 1/2, 2 und 4 1/2 Jahren allein zurück. Die Kinder öffneten den Gashahn, und als die Frau zurückkehrte, fand sie alle drei bewußtlos auf. Die herbeigerufene Feuerwehr konnte nur das älteste Kind, den 4 1/2 Jahre alten Berthold, zum Leben zurückrufen, die beiden andern Kinder sind tot.

**Tödliche Eisenbahnunfälle.** Auf dem Spandauer Hauptbahnhof wurde der im Bahndienst tätige Hilfsdienstpflichtige Arbeiter Schulz beim Ueberschreiten der Gleisanlagen von einem einfahrenden Zuge erwischt und getötet. Auf dem Bahnhof in Staaken führte eine Schaffnerin bei der Abfahrt des Zuges vom Trittbrett ab, geriet zwischen den Waghaisel und Trittbrett und wurde einige Meter mitgeschleift. Sie erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß sie wenige Minuten später verschied.

**Ein schweres Verbrechen** beschäftigt die Spandauer Kriminalpolizei. Am Sinderufer, in der Nähe der Garde-Infanterie-Kaserne, wurde ein junges Mädchen mit schweren Verletzungen am Kopf, an der Stirn und den Schläfen, bewußtlos aufgefunden. Die benachrichtigte Polizei stellte fest, daß das Mädchen über dem linken Auge eine zwei Zentimeter lange Wunde, eine ähnliche an der Stirn und eine 4-5 Zentimeter lange Wunde am Scheitel hatte. Die Verletzte wurde in das Städtische Krankenhaus eingeliefert, wo sie starb. Den sofort eingehenden polizeilichen Ermittlungen gelang es festzustellen, daß die Tote die unverheiratete, 19jährige Anna Seydler aus Berlin-Lichtenberg, Müllergelstraße 19 ist. Augenzeugen bezeugen, daß eine männliche Person nach einem Wortwechsel und darauf folgenden Kampfe nach der Havel hin sich fluchtartig entfernt hatte. Weiteres konnte bisher noch nicht ermittelt werden, doch wurde festgestellt, daß die Tat in der dritten Morgenrunde verübt wurde. Um diese Zeit hörten Bewohner eines in der Nähe des Tatortes liegenden Kasinos laute Hilferufe, wachten aber nicht einzugreifen, da die Gegend einsam ist und man leichtere Gefindel fürchtete. Die Ermordete wurde häufig in der Gegend in Begleitung eines anderen jungen Mädchens gesehen, dessen Name jedoch noch unbekannt ist.

**Ein Schwebefahnenfall** ereignete sich vor der Endstation Sarmen-Rittershausen. Ein Motorwagen fuhr auf einen Promontorium hangengelegenen Doppelzug, dessen letzter Wagen durch die Wucht des Zusammenstoßes aus dem Geleis gehoben wurde und aus einer Höhe von 20 Meter in den Wupperflus stürzte. Die vier Insassen erlitten milderer Weise nur ganz leichte Verletzungen, jedoch sie eigentlich mit dem Schrecken über das unfehlwillige Bad davon gekommen sind.

**Haubmord an der Großmutter.** In Hamborn wurde die 63 Jahre alte Witwe Wimbach von ihrer Enkelin mit einem Hammer erschlagen und einer größeren Geldsumme beraubt. Die Mörderin wurde verhaftet.

**Panik in einer Kirche.** „Corriere della Sera“ meldet aus Rimini: In der Kirche von Santa Chiara kam es zu einer Panik, bei der fünf Personen getötet wurden; neun sind schwer verwundet.

**Von der Verschüttung des Eisenbahnzuges bei Davos** wird ergänzend berichtet: Die Zahl der Todesopfer beträgt endgültig zwölf. Tragisch ist das Schicksal des Deutschen Karl Koch des Weigers einer bekannten Pension in Davos, der aus dem Front beurlaubt wurde und vor einiger Zeit wieder nach Davos zurückkehrte, wo er nun in seiner zweiten Heimat ein Grab unter einer Lawine fand. Die Schweizer Presse spendet dem tapferen Eingreifen der deutschen Internierten in Davos, die sich unmittelbar nach Bekanntwerden des Unglücks an die Bergung der Verletzten und Toten machten und unter schwierigen Verhältnissen bei Nachtschein die ganze Nacht hindurch arbeiteten höchste Anerkennung. Die deutsche Heeresleitung hat ihrerseits um dem Dank für die gütliche Aufnahme der kriegsgefangenen deutschen Soldaten in der Schweiz Ausdruck zu verleihen, zu Gunsten der Oesterbliebenen der Verunglückten 2000 Mk. zur Beifügung geteilt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz, Druck Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Druckmaschinen** jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannistr. 48.